Dienstag, 17. April 1923. **Einzelnummer 350 Mark** 62. Jahrgang. Nr. 86.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 7600.—
in den Ausgabestellen 7800.—
durch Zeitungsboten 8000.—
am Postamt ..... 8500 —
ins Ausland 12000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 200.— M. Reklameteil. 600.— M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 200.— p. M. " Reklameteil 600.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt. Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Grundlagen des Minderheitenrechts.

Die Rede des Ministerpräsidenten Sikorski im Posener Rathause (Schon wieder? — Ja, schon wieder) beweist, daß vom Recht der Minderheiten — soviel von ihm auch schon gesprochen und geschrieben worden ist — doch noch immer nicht genug gesprochen und geschrieben wurde, daß die Tatsachen dieses Rechtes zu den Wahrheiten gehören, die immer und immer wieder ausgesprochen werden müssen.

Vor einiger Zeit hielt Dr. Eduard von Behrens in Lodz, der bekannte Gründer des Bundes der Deutschen in Polen, einen Vortrag über das Thema „Die Grundlagen des Minderheitenrechts." Was er damals sagte, ist wert, jetzt gerade wiederholt und verbreitet zu werden.

Der Vortrag beginnt mit einer Betrachtung über

Alte und junge Staaten:

Genau so, wie es den menschlichen Einzelwesen geht, so geht es auch den einzelnen Völkern. Je jünger und unerfahrener sie sind, um so mehr Selbstvertrauen und Übermut tragen sie zur Schau. Eine krankhafte Reizbarkeit bekundet der unreife Jüngling oder der Wilde bei allen jenen Gelegenheiten, wo er sein Recht auf selbständiges Handeln angezweifelt glaubt. Eine solche Reizbarkeit kennzeichnet sowohl jedes Naturvolk in den ersten Stadien seiner staatsrechtlichen Entwicklung wie jeden neuerrichteten Staat. Es ist ein Naturgesetz, daß erst etliche Jahrzehnte eigener Lebenserfahrung dem Menschen die Einsicht bringen, daß er, um mit anderen zusammenleben zu können und sich nicht gerade für immer als Eremit in der Einöde isolieren zu müssen, ein für allemal von der souveränen selbständigen Handlungsweise lassen muß und daß er auf Schritt und Tritt mit seiner Umgebung zu rechnen hat. Im Leben der Staatsorganismen und der Völker sind ganze Jahrhunderte dazu nötig, dieser einfachen Lebensweisheit auf dem Gebiete der staatlichen Politik zum Siege zu verhelfen, im Leben der zivilisierten Menschheit sogar Jahrtausende der Weltgeschichte.

Im Altertum wähnte sich jeder Volksstamm als unbedingte souveräne Einheit, die sich niemandem, außer den eigenen Stammesgöttern gegenüber für ihre Taten (d. h. Politik) zu verantworten hätte; der Assyro-Babylonier kümmerte sich lediglich um die Tat seines eigenen obersten Himmelsherren, des Baals, in derselben naiv-abergläubischen Weise wie der Ägypter um die Gunst seines Ammon, der Römer um die seines Jupiters und wie noch heute der im Altertum geistig steckengebliebene Talmudjude aus dem Ghetto, oder der ebenso rückständige brasilianische Urwaldwilde die ganze Welt um sich ausnahmslos als geschworenen Feind seines Stammesgottes betrachtet und ganz folgerichtig jeden Andersstämmigen und Andersgläubigen als den ewigen Feind seines Volkes, seines Geblüts, seiner Familie und seines eigenen Ich behandelt.

Die Folgen solcher politischen Weltanschauung zeigt uns die Geschichte des Altertums und auch die traurige Lage verschiedener in dieser veralteten Weltanschauung noch heute verbliebener indischer, gelber, schwarzer und semitischer Stämme. Dünkel und Beschränktheit nach innen, chronische Verfolgungen und periodische Ausrottungskriege nach außen — das sind zu allen Zeiten die Folgen dieser „Politik der schrankenlosen Souveränität des Volkes" gewesen. Ganze Völker wurden da vom Sieger mit Stumpf und Stiel ausgerottet ...

Fossile Weltanschauungen und ihre Folgen.

Die größte weltgeschichtliche Umwälzung erfolgte zu der Zeit, als größere „Weltreiche" oder ständige Staatenverbände (auf dem Wege der Eroberung oder auch auf dem Wege eines allmählichen kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenschlusses) für längere Zeitspannen die verschieden gläubigen Stämme und ihre Staatengebilde in einer alles nivellierenden und verschmelzenden Weise aneinanderketteten. Der Dünkel des Leviten wird am Pyramidenbau, an den babylonischen Gewässern, unter dem Joche europäischer Barone und Kaiser, im pogromlustigen Osteuropa so lange gezüchtigt, bis er einer besseren Einsicht den Platz räumt; der hartköpfige bezopfte Altchinese, der sich hinter seine Mauern sicher verkrochen zu haben wähnte, wird vom Beherrscher der weiten Horizonte der Steppen Dschengiskhan, von Admiral Sir Seymour, von Feldmarschall Waldersee usw. so lange zu Boden getreten, bis er es endlich einsehen muß, daß seine Heimat ebensowenig ein „Reich der Mitte" ist, wie das jüdische Jerusalem der „Nabel der Welten" oder die Stadt am Tiberflusse eine von Gott besonders gesegnete „Ewige Stadt" ist. Denn wer nicht rechtzeitig umlernen will, der muß es hart büßen, und zwar manchmal sogar mit seinem eigenen Leben. Es sind ganze Weltreiche und mächtige Nationen, die ihre Staatsrechtsauffassung nicht dem Fortschritt der übrigen Menschheit anpassen wollten, wiederholt zugrunde gegangen oder wenigstens zeitweilig untergegangen. Wir, die Einwohner eines Landes, die den Untergang der größten Schlachtarepublik und den der drei größten Monarchien frisch im Gedächtnis haben, brauchen nicht erst in das alte Assyrerland, zu den Pharaonengräbern oder nach Konstantinopel zu reisen, um die nötigen historischen Beispiele zum Verständnis des obengesagten ausfindig zu machen.

Das Schwinden der Unbändigkeit im völkerrechtlichen Leben.

Souverän im wahren Sinne dieses Wortes ist kein einziger Staat der Welt von der Zeit an mehr gewesen, wo gleichwertige Nachbarstaaten neben ihm bestanden haben. Und je dichter sich die Erde bevölkert, um so weniger frei und souverän werden die „souveränen Freistaaten" auf Erden. Denn es ist die Dichtheit des Zusammenlebens, welche uns alle, die wir Nachkommen Kains sind, gebieterisch zwingt, die Streitaxt unseres Urvaters zu begraben und freiwillig unser Handeln nach allen Seiten hin einzuschränken. Wer anders verfährt, der holt sich einen blutigen Kopf und wird am Ende noch als unverbesserlicher Störenfried in eine Zwangsjacke internationaler Garantieverträge gesteckt. Wenn wir aber im grauen Altertum nur wenige Verträge dieser Art finden (vornehmlich im klassischen Griechenland), so mehrt sich ihre Anzahl im päpstlichen Mittelalter schon ganz beträchtlich, um dann seit dem 19. Jahrhundert (dem Wiener Kongreß 1815) ganz überwiegend zu werden.

Das Verschwinden der letzten Überreste der Dynastenwillkür durch den Sturz der meisten Throne Asiens und Europas als Folge des letzten Weltkrieges hat die letzten Ansprüche einzelner Staaten auf eine effektive Souveränität endgültig beseitigt.

Auch die mächtigsten Staatsorganismen wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Britische Staatenföderation oder Frankreich wagen es heute nicht, irgendeine bedeutende Reform sogar in den ihnen de jure unterstehenden Gebieten durchzuführen, bevor sie sich nicht der wohlwollenden Begutachtung des geplanten Schrittes durch die Nachbarn vergewissert haben. Es ist die reiche politische Erfahrung der in diesen Staaten regierenden Kreise, welche sie zu dieser weisen Selbsteinschränkungsmethode in ihrer Politik brachte. Denn diese Politik gerade war es immer, die ihre Mitbürger zufrieden und ihre Heimat mächtig machte.

Es ist das kluge Entgegenkommen des Angelsachsen nicht nur gegenüber den vitalen Bedürfnissen des eigenen Bürgers und des guten Nachbarn, sondern auch des Feindes (Transvaalburen, Spanier auf Kuba und den Philippinen, Ägypter, Iren), welches dem Angelsachsen so viele Verbündete und einen so überwältigenden Sieg über die Vertreter der „gepanzerten Faust" und des „Anschauungssystems" verschaffte. Die angelsächsischen Staaten, welche selber jahrelang ihren souveränen Willen freiwillig einzuschränken verstanden haben, sind aus der Katastrophe von 1914 bis 1918 als die einzigen wirklichen Herren der Welt hervorgegangen; diejenigen Völker aber, welche im Gegensatz hierzu der Politik der brutalen Gewalt huldigten, sind so tief gefallen, daß man heute von ihrer Souveränität überhaupt kaum mehr reden kann.

Die Nemesis ist eine gerechte Göttin ...

Der Erdball wird immer kleiner.

Seitdem die Menschheit sich so vermehrt hat, daß Menschen und ganze Völker dicht zusammengepfercht leben müssen, haben sich deren Interessen ungemein miteinander verflochten. Die wunderbaren technischen Erfindungen auf dem Gebiete des Verkehrs zu Wasser und unter dem Wasser, zu Lande und über den Wolken, die in den wenigen letzten Jahrzehnten gemacht wurden, haben die Aufrechterhaltung der alten territorialen Staatsgrenzen zu einem Dinge der Unmöglichkeit gemacht. Die letzten Spuren der „chinesischen Mauern" in Gestalt von Grenzwache, Zensur, Paßstellen und Zollämtern müssen im Laufe des 20. Jahrhunderts von selbst abgeschafft werden, wo ein Flugschiff, ein Radiotelegramm, eine Devisenverschiebung usw. mit erhabener Leichtigkeit den Karabiniers des bezopften Staatsapparats durch die Finger gleiten. Wenn man die Statistik des modernen Emigrantenwesens überblickt, da erfährt man, daß in unseren Zeiten Jahr um Jahr über 2 200 000 Menschen aus ihrer alten Heimat auswandern, um für sich samt Familie eine neue zu suchen. Die Gelehrten wissen es, daß im Laufe der ganzen sogenannten „großen Völkerwanderung" (875—500 n. Chr.) diese Zahl nicht einmal annähernd erreicht wurde! Wo kann man bei dieser ständigen Verschiebung ganzer Völkermassen noch daran denken, die althergebrachten Methoden einer strikten Abgrenzung der einzelnen Länder von einander aufrecht zu erhalten?!

Das allgemeine Wohl der Menschheit oder die Wohlfahrt des einzelnen Staates als höchstes Gesetz?

Allerdings gehört es zu den Lebensbedingungen eines jeden gesetzmäßig geordneten Staates, daß er die volle Hoheit über sein Gebiet und über seine Angehörigen hat. Die klare Abgrenzung der Rechtsbefugnisse des Staates gegen die seiner Nachbarn, um sie vor fremden Übergriffen zu schützen, ist eine unerläßliche Voraussetzung für seine Existenz als selbständiges Rechtssubjekt — genau in derselben Weise, wie es für den einzelnen Bürger ein unbedingtes Erfordernis ist, daß der Kreis seiner Rechtsbefugnisse abgegrenzt ist: er muß genau seine Rechte und seine Pflichten kennen, um überhaupt in normaler Weise leben zu können. Nun aber besteht zwischen dem Privatmann und dem Staate als Rechtsperson der Unterschied, daß über dem ersteren seit jeher der Staat mit seiner Zuchtrute steht, wohingegen für den Staat bisher keine direkt ausgesprochene Verantwortlichkeit bestanden hat.

Bis Ende des 19. Jahrhunderts existierte jeder Staat (wenigstens theoretisch) fast ausschließlich aus eigenem Recht und — aus eigener innerer Kraft.

Ein jegliches Eingreifen von außen her in die Angelegenheiten des „souveränen" Staates galt bisher als Beleidigung, als Kränkung, als Vorwand zum Kriege ... Die Menschheit und ihre Führer leben aber noch immer im alten Ideenkreise, denn ihre Geschichtsbücher, ihre historische Belletristik, ihre Familientraditionen, Sitten und Gewohnheiten vermochten nicht mit der Riesenrevolution der letzten drei bis vier Jahrzehnte Schritt zu halten. Wir alle sind gar nicht imstande, wirklich modern über das Staatsleben zu denken, und es werden noch zwei bis drei Generationen dahingehen müssen, bis an Stelle des veralteten Begriffes: „die Souveränität des Staates" der höhere, bessere und unter den heutigen Weltverhältnissen der einzig richtige Begriff: „Die Souveränität der Menschengemeinschaft" treten wird.

Die Marksteine auf unserem Wege zur Gleichberechtigung und zur Freiheit.

Und doch vollzieht sich seit dem Weltfrieden von 1919 diese Wandlung offenbar und rasch! Es ist dies dasselbe historisch psychologische Ereignis, welches nach jedem großen Kriege in Erscheinung trat. Vor den Napoleonischen Kriegen (1792—1815) galt ein Mensch, der vor seinem Familiennamen nicht die Partikel „von" aufweisen konnte, überhaupt nicht als Bürger. „Für mich fängt der Mensch erst vom Baron an!" konnte da noch eine Herzogin Marlborough allen Ernstes sagen, ohne ausgelacht zu werden. Und heute? Besinnen wir uns der Ideen, welche vor dem Dreißigjährigen Kriege (1648—1648) allgemein in Europa herrschten? Da hieß es allen Ernstes: „Wer nicht den Papst anerkennt, der ist des Henkers, denn er ist vom Satan besessen." Die Reformationsrevolution hat die souveräne Herrschaft Roms über Europa durchbrochen, denn die staatsrechtliche Auffassung hat eine allmähliche Wandlung erfahren. Der Westfälische Friede brachte eine Einschränkung der Knechtung der freien Geister unter dem Grundsatz: cuius regio — eius religio. Der Untertan war verpflichtet, denselben Glauben zu bekennen, zu dem das Staatsoberhaupt seiner Heimat sich bekennt. Heutzutage (seit der großen französischen Revolution 1789) gilt dieser Standpunkt als überwunden. Es würde die ganze Welt sich in den Harnisch gegen den Staat werfen, der es heute wagen wollte, wegen des anderen Glaubensbekenntnisses der Staatsoberhauptes durch einen Zwang diesbezüglicher Gesetze die Rechte der Bürger entgegen den Grundsätzen der Gewissensfreiheit zu schmälern! Wir erinnern uns des Sturmes, den der Versuch der polnischen Reaktionäre, als Präsidenten Polens keinesfalls einen Nichtkatholiken wählen zu lassen, hervorgerufen hat. (§ 39 der Verfassung vom 17. März 1922.) Der Fortschritt, den der Augsburger Religionsfrieden (1555) der Menschheit sicherte, war somit ein kolossaler: er gab jedem andersgläubigen Bürger eines beliebigen europäischen Staates wenigstens die volle Möglichkeit, in den Grenzen eines Nachbarstaates Sicherheit zu suchen, dessen Fürst seinen eigenen religiösen Ansichten huldigte. Es wäre dies vordem gar nicht denkbar gewesen, da der Arm der „Heiligen" Inquisition überall, in den verborgensten Winkeln der Welt — von Siebenbürgen bis Peru und von Lappland bis Sizilien — seine Scheiterhaufen errichtete.

So sehen wir also, daß die Weltkriege und die stets mit ihnen verbundenen großen Revolutionen, wie zum Beispiel die antiklerikale Revolution (Reformation) vor 400 Jahren und die antifeudale Umwälzung (die Große Revolution) vor hundert

„Der Kampf um die polnische Kultur."

In einem Artikel „Der Kampf um die polnische Kultur" klagt ein Herr Dr. A. Nowosielski im „Kurjer Poznański" Nr. 82 darüber, daß für die Ausbreitung der polnischen Kultur an Stelle der dem Volke aufgedrängten deutschen Kultur noch zu wenig getan werde. Namentlich die Universität in Posen kämpfe mit den größten Schwierigkeiten aus Mangel an Gebäuden für die Unterbringung der Kliniken und Institute der Universität. Und nun wird der Artikel psychisch interessant. Der Herr Verfasser kommt nicht etwa zu der Folgerung, daß nun die böse Regierung, die zu wenig Geld hergibt, wie wir das aus Krakau wissen, angerufen wird, mehr zu geben, damit Gebäude errichtet werden, oder daß das Volk freiwillig dazu zu spenden hat. Er ruft nicht etwa die Universität an, sie möge ihre vielen Häuser in der Stadt Posen und Villen in Solatsch nicht zu Wohnzwecken benutzen, sondern zur Unterbringung ihrer Institute. Hat die Universiät doch, wie wir im „Dziennik Pozn." vom 27. März 1923 lesen, allein in einem Prozeß mit der Spółka budowlana Urzędników Państwowych von 24 von ihr beanspruchten Häusern 18 vom Gericht zugesprochen erhalten. Er weist nicht etwa darauf hin, daß der Bau von Häusern leicht ist, wie man an der großen Schule der tüchtigen Ursulinerschwestern sieht, daß genügend Grund und Boden in bester Gegend der Stadt vorhanden ist, um die größten Gebäude zu errichten. Für ihn ist die Sache viel einfacher. Gibt es nicht fertige Gebäude, die man sich nehmen kann? Ist da nicht das Bankgebäude der Posenschen Landesgenossenschaftsbank und das Diakonissenhaus? Ein bißchen guter Wille der Regierung, und die Häuser stehen zu Kliniken zur Verfügung. „Um das Bankgebäude kämpft die Universität schon seit zwei Jahren." Nennen Sie das „Kämpfen", wenn Sie Ihrem Nächsten seinen Rock nehmen wollen, den er nötig braucht? „Es gab eine Zeit, wo die Deutschen in Furcht waren, wo sie alles versprachen." Allerdings, — es gab auch eine Zeit, in der man unter dem Schutz der Bajonette in ein fremdes Haus „einzog". Und jetzt ist dieses deutsche Unternehmen so frech, sein Eigentum nicht hergeben zu wollen, und verteidigt es „mit kreuzritterlicher Faust". Und dann das Krankenhaus der Diakonissenschwestern, „die so von Haß gegen die Polen entbrannt sind, daß sie sogar den polnischen Priester nicht zum Sterbebette der Polen zulassen und der Klagen und Beschwerden der polnischen Bevölkerung spotten". Also die Diakonissenschwestern pflegen kranke Polen? Und dabei sollen sie das polnische Volk hassen? Und dabei lassen sich Polen von ihnen pflegen? Seltsam, wie dies alles zusammenstimmt, was Sie da behaupten, Herr Doktor! „Erfordert es nicht der öffentliche Nutzen, daß das Diakonissenhaus fortgenommen wird, hat das bloße Recht der Diakonissen größere Bedeutung als die Ausbildung der Ärzte? Findet sich nicht endlich eine Regierung, die in einem solchen Falle des öffentlichen Bedürfnisses die Vorschriften der Gesetze anwendet, die die Deutschen gegen uns geschmiedet haben?"

Welche Gesetze gemeint sind, wird leider nicht angegeben. Es gibt auch keines, das angewandt werden könnte. Aber es gibt Gesetze, die sagen, es sei nicht erlaubt, das Eigentum eines anderen fortzunehmen, lediglich aus dem Grunde, weil man kein Geld hat, sich selbst etwas zu schaffen, und man dürfe fremdes Eigentum nur beanspruchen, wenn man selbst ein Unternehmen zum öffentlichen Nutzen schaffen will, man dürfe sich aber nicht den fertigen Rock des andern nehmen, den man sich selbst machen könne.

Für Deutsche in Polen Beachtenswertes.

Die Personalausweise der Staatenlosen.

Es gibt z. B. in Polen, speziell im ehemals preußischen Gebiet eine ganze Reihe von Personen, die ihre Option vor der polnischen Behörde ausgeübt haben, dagegen vor einem deutschen Konsulat in Polen nicht. Alle diese Leute sind zur Zeit sogenannte Staatenlose. Sie müssen den Verfügungen der polnischen Behörden gemäß, sofern sie ihren Wohnsitz in Polen haben, im Besitz vollgültiger Personalausweise sein. Die von den deutschen Konsulaten bisher ausgestellten Personalausweise werden bei diesen Staatenlosen nicht mehr anerkannt. Notpässe für Staatenlose stellen die polnischen Behörden aus. Es empfiehlt sich für solche Personen, die von deutschen Eltern im abgetretenen Gebiet geboren sind, und die ihren Wohnsitz hier in Polen haben und behalten wollen bei der für sie zuständigen Starostei einen Antrag auf Zuerkennung der polnischen Staatsangehörigkeit auf Grund des Minderheitsvertrags zu stellen. Erforderlich dazu ist eine Bescheinigung, daß mit dem Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit die deutsche Staatsangehörigkeit verloren geht. Diese Bescheinigung wird seitens der deutschen Konsulate gegen Erstattung der Gebühren ausgestellt.

Anträge auf Zurücknahme der Option

sind bislang nach unserer Kenntnis fast regelmäßig abgelehnt. Die unter militärischem Zwange, hauptsächlich im Jahre 1920 abgegebene Option ist nach internationalem Recht ungültig, da Optanten vom Militärdienst befreit sind.

Anträge auf Ersatz von Verdrängungsschäden

von solchen Personen, die aus freien Stücken abwandern, werden von der deutschen Regierung nicht anerkannt.

Jahren vor allem eine Revision der Weltanschauung der Menschheit zur Folge hatten; man kehrte mit einem Male die Rumpelkammer der veralteten und daher auch schädlichen Staatsgrundsätze aus.

Der letzte Ruck . . . .

Europa steht seit Versailles abermals im Zeichen einer Weltrevolution — der antidynastischen im weitesten Sinne des Wortes. Man hat im Laufe der letzten fünfzehn Jahre sämtliche Kaiserthrone gestürzt und die meisten Fürstenkronen — sinnbildlich gesprochen — zum alten Eisen geworfen, da man das Erbrecht in Sachen der Politik als eine allgemein schädliche Einrichtung empfand. Und man ist dabei, die unzähligen Dynastien des Kapitals ebenfalls zu entthronen, indem man an dem Erbrecht auf dem Gebiete der Volkswirtschaft immer gewaltiger rüttelt — ebenso gewaltig wie einst an dem Rechte des römischen „Statthalters Christi" und später an den Rechten „Dero Majestäten von Gottes Gnaden". Es ist somit jetzt die Reihe an die Umwälzung aller Normen auf dem Gebiete des ökonomischen und kulturellen Zusammenlebens der Menschenmassen gekommen. Während man die religiösen und die staatsrechtlichen Erwägungen fürs erste als genügend bearbeitet betrachtet, treten nunmehr die völkisch-kulturellen Bedürfnisse und die wirtschaftlichen Momente in den Vordergrund, welche fast in allen Fragen des politischen Lebens über die Grenzen des eigenen Staates weit hinaus laufen und Anschluß an die Bürger vieler „Fremdstaaten" erheischen . . .

Die Verstrickung aller wirtschaftlichen und kulturellen Interessen in der ganzen zivilisierten Welt ist heutzutage so groß, daß sie mit der genauen Aufrechterhaltung der Souveränität des Staates im internationalen Sinne absolut unvereinbar ist. Es gibt angesichts der allmächtigen und dabei international gesinnten Wissenschaft und des Kapitals absolut keine Möglichkeit, die Souveränität irgend eines wenn auch noch so kleinen Stückchens Land rechtlich zu festigen.

Zwischenstaatliche Behörden vor der Weltrevolution von 1900—1940.

Schon vor der Periode der gegenwärtigen Weltrevolution wurden in Bern, Genf, Brüssel, Haag und Paris vertragsmäßig zahlreiche internationale Amtsstellen eingesetzt, welche die Selbständigkeit der Handlungen der einzelnen Staaten und Regierungen in weitgehendem Maße einschränkten: so die Geschäftsstellen zum Schutze des industriellen Eigentumsrechts, des literarischen und künstlerischen Autorrechts, die Ämter zur Regelung des telegraphischen, des Post- und Eisenbahnverkehrs, zur Bekämpfung des Sklavenhandels, zur Veröffentlichung der Zolltarife, in Sachen der Maße und Gewichte, die Organisation des Roten Kreuzes, der Verwundeten- und Kriegsgefangenenhilfe, der Bekämpfung des Mädchenhandels, die Regelung der Zuckerproduktion und dergleichen mehr bis auf die Haager Konventionen bezüglich der Kriegsgebräuche, die fast von allen Staaten der Welt als bindend anerkannt wurden, — von den zahlreichen älteren und allgemein als bindend anerkannten Normen des internationalen Seerechts, Konsularrechts und Diplomatenverkehrs gar nicht zu reden.

Der Versailler Vertrag hat einen Riesenschritt auf dem Wege der regelrechten Abschaffung der Souveränität der Staaten dadurch vorwärts gemacht, daß er den Völkerbund als erstens ein ständiges und zweitens ein zur Vervollkommnung fähiges internationales Zentralamt schuf und so der Menschheit die Wege zum Ausbau der „Vereinigten Staaten der Welt" anbahnte, das heißt zum faktischen Abbau der Überreste aller chinesischen Mauern (der Pässe, Zölle, Valutaunterschiede, Emigrationshemmnisse usw.), welche der Menschheit heute noch die Bewegungsfreiheit, Schaffensmöglichkeit sowie die wirtschaftliche und völkisch-kulturelle Entwicklung verrammeln. Das große Flußbett der Weltpolitik, in welchem alle Staaten und Völker sich vorwärts bewegen, ist also: Volkstum und Wirtschaftsleben!

(Schluß folgt.)

Republik Polen.

Der politische Ministerausschuß

beriet am Sonnabend über die Leitsätze der Staatspolitik in den Ostmarken mit besonderer Berücksichtigung der Fragen der Militäransiedlung. Außerdem wurde die Frage der Liquidierung des Deutschtums in den Westmarken besprochen. Außer den Grundsätzen für diese Liquidierung, die bereits in endgültiger Form erörtert wurden, wurde die Exmission der deutschen Ansiedler, die Optantenfrage, die Organisation der unierten Kirche und die Tätigkeit des Deutschtumsbundes besprochen. Dann berührte man die Stellung der Regierung gegenüber der eventuellen Teilung der Lemberger Erzdiözese in eine Tarnopoler und Stanislauer. Diese Angelegenheit wird erst nach Unterzeichnung des Konkordats mit dem Vatikan ihre endgültige Erledigung finden können. Es wurden auch einige Punkte des Konkordats und im Zusammenhang damit die Beschränkungen der katholischen Kirche durch die Teilgebietsmächte erörtert.

Mehrheitsbildung und Kabinettsbildung.

Über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen schreibt der „Przegląd Poranny" in seiner Sonntagsnummer:

„Die noch nicht völlig zusammengeleimte Rechts-Piastenmehrheit kracht schon in allen Fugen. Man weiß nicht, wie weit es bei den Zusammenstößen unter den Rechtsparteien gekommen ist, aber man kann jedenfalls mit Bestimmtheit sagen, daß eine gewisse Rechtsgruppe auf nichts eingehen will, da sie Witos als unsicheren Partner im politischen Spiel ansieht. In diesem unklaren, nichts Günstiges versprechenden Stadium befinden sich die stark überreklamierten Verhandlungen der Piasten mit dem Einheitsblock."

Die Agrarreformwünsche der Piasten.

Am Freitag fand eine Sitzung des Hauptvorstandes des Piastenklubs statt, in der die Abgeordneten Witos und Kiernik über die Krakauer Verhandlungen Bericht erstatteten, worauf eine lebhafte Aussprache geführt wurde. Der Verlauf der Beratungen wird streng geheim gehalten. Die Krakauer Verhandlungen sollen folgenden Leitsatz für die Durchführung der Agrarreform ergeben haben: Jährlich sollen 400 000 Morgen Staats- und Privatlandbesitz aufgeteilt werden.

Man soll sich auch bezüglich der Grundsätze für die Progression in der Grundsteuer verständigt haben.

Lerond in Oberschlesien.

Polnische Zeitungen melden: General Lerond fand am Sonntag in Kattowitz, das mit polnischen und französischen Flaggen geschmückt war, einen begeisterten Empfang. Um 9½ Uhr traf der General in Kattowitz ein. Begrüßt wurde er von den Spitzen der Behörden. Der Abg. Korfanty begrüßte den General in französischer Sprache, worauf dieser antwortete: „Ich kenne Posen und Warschau, aber am meisten liegt mir Oberschlesien am Herzen." Vom Bahnhof begab sich der General nach seiner Wohnung, um dann zwischen Spalierketten nach dem Theater zu fahren, wo ein Truppenvorbeimarsch stattfand. Die Empfangsfeierlichkeiten beendete ein Gesellschaftsabend.

Eine Jubelfeier in Wilna.

In Wilna wird am 19. April der erste Jahrestag der Übernahme der Regierungsgewalt über das Wilnaer Gebiet, der auf den 18. April fällt, begangen werden. Das Komitee, das sich zu diesem Zwecke gebildet hat, hat die Ausarbeitung des Programms und des Textes für den Aufruf an die Bevölkerung in Angriff genommen. Zu der Feier sollen unter anderen der Sejmmarschall Rataj, der Senatspräsident Trąmpczyński, der Generalstabschef Pilsudski eingeladen werden. Das Festprogramm ist folgendermaßen festgelegt worden: Um 6 Uhr früh Weckblasen, um 9½ Uhr Festgottesdienst in der Kathedrale und Feldmesse auf dem Lukiskiplatz, dem ein Vorbeimarsch der in Wilna stationierten Truppen folgt. Am Abend Festvorstellungen in den Theatern und zum Schluß ein Gesellschaftsabend in den Repräsentationssälen des Palastes.

Der polnisch-deutsche Postscheckverkehr.

Am 22. April soll der polnisch-deutsche Vertrag über den Postscheckverkehr zwischen Oberschlesien und dem Deutschen Reiche gekündigt werden. Im Sinne des Artikels 8 des erwähnten Vertrages wird der Scheckverkehr vom 23. April ab eingestellt. Die Postämter auf deutschem Gebiet und in der Wojewodschaft Schlesien werden also nur bis zum 22. April einschließlich Scheckeinzahlungen annehmen und Auszahlungen auf Oberschlesien tätigen.

Die Lage in Memel.

Eine Privatmeldung der „Königsb. Hart. Ztg." vom Freitag lautet: Die Arbeit ist heute morgen in allen Betrieben wieder aufgenommen worden. Gestern nachmittag war die Kommission wegen ihrer Forderungen erneut vorstellig geworden. Es wurde ihnen jedoch erklärt, daß zunächst die Arbeit wieder aufgenommen werden solle, nach drei Tagen sollten alsdann die Bedingungen erfüllt werden. Daraufhin haben die Obmänner in einer Versammlung einstimmig beschlossen, den Streik zu beenden. Dem Vernehmen nach haben die Memeler Zeitungsverleger wegen der Verordnung vom 7. April betreffend Verbot der Beschäftigung von Redakteuren, die fremde Staatsangehörige sind, bei Smetona Vorstellungen erhoben, jedoch wurde die Zurückziehung der Verordnung nicht erzielt. Auswärtige Redakteure dürfen mit Genehmigung der Aufenthaltsbewilligungskommission zwar beschäftigt werden, dürfen aber nicht zeichnen. Die Zensur ist aufgehoben, der Belagerungszustand besteht jedoch einstweilen noch fort.

Noch keine Freilassung der Verhafteten.

Am Sonnabend wurde gemeldet: Die von der Arbeiterschaft wegen der Freilassung der politischen Gefangenen am Donnerstag vormittag erhobenen Vorstellungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Der Ausschuß beabsichtigt, am Nachmittag dieses Tages mit dem neuernannten Stadtkommandanten Vitkaiskas zu verhandeln. Dem Vernehmen nach ist der frühere Gewerkschaftssekretär Randel, der zuletzt Wohnungsinspektor war, aus der Haft entlassen worden.

Diktatur im Memelgebiet.

Aus Memel wird gemeldet: Die Litauer haben die Macht des militärischen Kommissars auf das ganze Memelgebiet ausgedehnt. Ihm ist die gesamte Polizei unterstellt. Er hat das Recht, Personen auszuweisen, zu verhaften und in Konzentrationslagern unterzubringen, sofern diese Personen verdächtig sind, zum Schaden des litauischen Staates zu wirken. Der Kommissar darf Zeitungen inhibieren und die Redakteure bestrafen, den Ausnahmezustand verhängen und Strafen bis zu 1000 Lit. sowie 2 Monaten Gefängnis auferlegen. Hierdurch ist Memel unter die Gewalt einer einzelnen Person gestellt. Das Ganze beweist, daß sich die Litauer in Memel nicht ganz sicher fühlen.

Um das Memeler Statut.

Aus Paris wird gemeldet: Die Kommission zur Schaffung eines Statuts für Memel hat einen Teil der Paragraphen mit den Vertretern Litauens und Memels festgelegt. Die Beratungen wurden unterbrochen, um den Delegierten Zeit zu geben, sich mit der litauischen Regierung zu verständigen. Es ist selbstverständlich, daß die von dem Rat der Botschafter festgesetzten Grundbestimmungen nicht verletzt werden.

Aus den Sowjetgebieten.

Besserung im Befinden Lenins.

Das am Sonnabend ausgegebene Krankheitsbulletin lautet: Temperatur 36,9. Puls 100. Atmung 24. Allgemeinzustand befriedigend. Die in den letzten zwei Wochen in Erscheinung getretenen Komplikationen in den inneren Organen Lenins könnten augenblicklich als fast behoben betrachtet werden. In den letzten zwei Tagen sei auch in den Nervenstörungen des Patienten wieder ein allmählicher Umschwung zum Besseren zu vermerken.

Ein neuer Christus.

In der Kosakensiedelung Kamenskaja bei Rostow am Don ist ein Wanderprediger von den Behörden verhaftet worden, der barfuß in härenem Gewande umherzog und sich als Jesus Christus bezeichnete, welcher abermals auf die Erde niedergestiegen sei. Der neue Christus fand großen Zulauf unter der Ortsbevölkerung, die ihn mit reichen Gaben bedachte, die er seinerseits unter die Menge verteilte. Im Augenblick seiner Sistierung durch die Miliz (Polizei) wurde er von dreißig Jungfrauen und Witwen umringt, die ihn schützen wollten. Der „Christus" erwies sich als ein Kosak aus dem Donezgebiet, namens Antonow, der, wie die Moskauer „Iswestija" bemerken, früher in einer antisowjetistischen Armee gedient haben soll.

Aus aller Welt.

Kabinettswechsel in Schweden.

Aus Stockholm wird gemeldet: **Der König hat den Führer der Konservativen Reichsgerichtsrat a. D. Ernst Trygger beauftragt, die neue Regierung zu bilden.**

Eine Aeußerung Lloyd Georges.

Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian" schreibt: Ich bin in der Lage, mitzuteilen, daß Lloyd George Herrn Loucheurs Mitteilungen über den Kampf bis zum Äußersten, den Frankreich und Belgien an der Ruhr führen wollen, nicht schweigend anhörte, sondern die Antwort gab:

„Wenn Frankreich diesen Kampf bis zum Äußersten wagt, so gefährdet es schließlich das Freundschaftsverhältnis mit England, denn England wird die Störung des europäischen Friedens kaum ruhig mit ansehen können. Als Sieger im Kriege, den wir zusammen mit Frankreich führten, haben wir ein Recht auf Frieden."

Man ist, so fährt der Korrespondent fort, hier sehr verwundert über die rosigen Mitteilungen Loucheurs in Paris. Der wahrscheinliche Nachfolger Poincarés hörte Vorwürfe, die bei aller Freundschaftlichkeit einen bitteren Unterton hatten und dem klugen Franzosen wahrscheinlich in guter Erinnerung geblieben sind.

Aenderungen im Kabinett von Angora.

Havas meldet aus Angora, daß Finanzminister Hassan Bey zurückgetreten sei, weil er die vom Kriegsminister geforderten weiteren Kredite nicht billigte. Man erwarte auch den Rücktritt des Kultusministers.

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(Schluß.) (Nachdruck untersagt.)

Über den starrenden Felsen der Wildeckwände barst die Erdlawine, die das ganze Hotel verschlungen hatte, und säte Menschen, Holz und Gestein auf die öde Wüstenei der Felsabstürze.

Die Hauptmasse aber rollte weiter, fegte wie ein Spielzeug die Schienen und Aufbauten der Drahtseilbahn fort und schlug aufklatschend in den schäumenden Wildsee, der brausend über seine Ufer brach und den weiten Wiesengrund überschwemmte.

Das war das Ende des stolzen Hotels, das Fritz Vogelreuther auf der Matte der unteren Hochalm erbaut hatte.

* * *

Die Bewohner der oberen Hochalm kamen in dieser Nacht gar nicht zum Schlafen.

Zuerst heulte stundenlang der wilde Sturm und sang den Verunglückten eine grausige Totenklage, und dann klang es, als wäre die untere Hochalm in einen Fluß oder See verwandelt, so strömte und plätscherte es bis gegen Morgen.

Ein paar Beherzte von der Künstlerkolonie standen auf, kleideten sich an und stiegen mit Windlaternen in der Richtung auf das Hotel zu. Aber sie mußten bald unverrichteter Dinge umkehren; denn gerade dort, wo der Grasboden der unteren Hochalm aus den Latschen trat, war er glatt abgerissen und abgerutscht und über dem glatten Fels der Grundes spielten in Strömen die Gletscherwasser.

Noch immer lag dichte, undurchdringliche Finsternis über der ganzen Gegend, so daß man kaum zwei Fuß weit sehen konnte und sich selbst auf Wegen nur mühsam weiter tastete.

Fernleitner lag unterdessen, von Ruth und dem jungen Kellner mühsam entkleidet, viele Stunden in festem, einer Betäubung ähnlichem Schlaf. Ruth, die fröstelnd an seinem Lager saß, behütete seinen Schlummer und verfolgte mit Besorgnis das beginnende Wundfieber.

Als die Dämmerung kleine Breschen in die dichte Finsternis zu schlagen begann, wurde er unruhig und schlug die Augen auf.

Seine erste Frage galt den Geschehnissen der verflossenen Nacht, und als ihm Ruth in kurzen Worten ins Gedächtnis zurückrief, was er in halbem Bewußtsein noch selbst miterlebt hatte, verlangte er hastig nach seinen Kleidern und sprang aus den Kissen, um sich anzuziehen.

Umsonst versuchte ihn Ruth auf dem Lager zu halten.

„Sorge Dich nicht um mich," rief er gebietend, „ich fühle die kleine Wunde schon kaum mehr! Aber um jeden Preis muß ich jetzt aufstehen und nachsehen, was geschehen ist."

Als er auf den freien Platz vor der Hütte trat, erwartete ihn schon eine ganze Gruppe aufgeregter Menschen von der Künstlerkolonie, die unter seiner Führung einen nochmaligen Vorstoß nach der unteren Hochalm wagen wollten.

Aber Fernleitner wehrte ab. „Wir bleiben hier," entschied er kurz. „Denn was zu sehen ist, das sehen wir eben so gut, oder vielleicht noch viel besser, von hier aus."

Sie schritten den schmalen Weg entlang, der von den Hütten der Künstlerkolonie nach Norden hin zu einem Felsen führte, von dem aus man die untere Hochalm, die Wildeckwände und den Wildsee bequem übersehen konnte.

Das Bild hatte sich inzwischen gewandelt: die schwarze Finsternis war rosiger Dämmerung gewichen, die alle Dinge in zartem Duft erkennen ließ: nur über der unteren Hochalm lag eine Wolke dichten weißen Nebels, der wie in Dämpfen aus dem Boden aufzusteigen schien.

Dann säumte sich der kühn geschwungene Gipfel des Wilden Jägers mit zartem Rot, das zu einem leuchtenden Purpur erglühte, während über seinem Haupte groß, majestätisch und sieghaft die Sonne emporzusteigen begann.

Da schwanden die Schatten in den Tälern, verblaßten zu wesenlosen Schemen, und Matten und Wälder erstrahlten in verschwenderischem Licht eines wundervollen Vorfrühlings-Morgens.

Und nun kam auch Bewegung in die Nebelschwaden über der unteren Hochalm. Gleich einer Kulisse hoben sie sich empor wie von unsichtbaren Geisterhänden in die Höhe gezogen, schwebten noch einige Sekunden in der Luft und lösten sich dann in leichten, feinen, sich allmählich verflüchtenden Dunst.

Die Sonne beleuchtete ein wundervolles Bild; wo früher grüner Almboden gewesen war, durch den nüchternen Hotelbau verunziert, glänzte nun nackter weißer Fels, von klaren Wassern überrieselt, die in der Sonne wie Kaskaden glitzerten.

Über den Wildeckwänden und in den Abstürzen der Nordwände freilich lagen die wüsten Trümmer der vorausgegangenen Katastrophe, und auch der Wildsee, bis zum Rande gefüllt mit Erde, Gestein und den Leichen so vieler Toter, schäumte noch immer und überflutete die Wiesen in der Runde.

Aber das Auge blieb nicht haften auf der Stätte des Unglücks, sondern weidete sich an der überirdischen Schönheit des Bildes, das der Wilde Jäger bot, befreit von dem Fluche, der Jahre hindurch auf ihm gelastet hatte.

Höher und höher stieg die Sonne, leuchtender wurden die Farben und immer großartiger das Bild, das erst jetzt, nachdem sich das ehemalige Grün der unteren Hochalm in glänzendes Weiß gewandelt hatte, vollendet geworden zu sein schien.

In tiefster, innerster Ergriffenheit stand Fernleitner, faltete die Hände und beugte das Knie.

„Was tut er?" hauchte der junge Mensch, der außer Ruth der einzige Überlebende von der unteren Hochalm war, mit einer seltsamen Scheu.

„Ich glaube, er betet!" flüsterte Ruth, gleich Fernleitner aufs höchste ergriffen.

Fernleitner nickte. „Für die Toten," sprach er langsam und nachdenklich, „die sterben mußten, um meinen heiligen Berg von ihren eklen Lüsten zu befreien! Und für die Lebenden, daß sie reif werden mögen, die überirdische Schönheit dieser Gegend so zu genießen, wie sie verdient, von reinen Menschen genossen zu werden."

Ein neuer französischer Reparationsplan!

Verschärfte Durchführung der Ruhraktion. — Waffengewalt und Wehrlosigkeit. — Der Kohlenverkehr an der Ruhr stillgelegt. — Der Wirtschaftskampf. — Grausamkeiten und kein Ende.

Die Konferenz zwischen den belgischen und französischen Ministern endigte um 7 Uhr abends. Eine neue Sitzung sollte gestern mittag stattfinden. Über den Verlauf der Sitzung herrschen überall die widersprechendsten Gerüchte. Der amtliche Bericht, der eine Stunde nach der Sitzung ausgegeben worden ist, erwähnt davon noch nichts, daß eine Gesamtregelung des **Reparationsproblems** vorgenommen werden solle. Das Kommuniqué stellte lediglich in einem **schroffen Tone** fest, daß Frankreich und Belgien entschlossen seien, die Aktion im Ruhrgebiet solange fortzusetzen, bis Deutschland zum Nachgeben entschlossen ist. Es sind eine **ganze Reihe neuer Maßnahmen** getroffen worden, um dies Ziel zu erreichen.

„Matin" veröffentlicht mit bezug darauf einen **genau ausgearbeiteten Reparationsplan**, den Poincaré heute angeblich den belgischen Ministern vorzulegen gedenkt. Dieser Plan habe angeblich die **Zustimmung in London** gefunden, wo Loucheur ihn mit den verschiedenen Persönlichkeiten, die er im Laufe seiner Reise besuchte, ausführlich besprach.

Frankreich schlägt in diesem Plan u. a. die Überweisung der gesamten Summe von 82 Milliarden Goldmark der Bons C an die Vereinigten Staaten zur Tilgung der interalliierten Schulden und bestimmter Prioritäten für die französischen und belgischen Ansprüche auf Bons A und B vor. England soll einen Anteil von den Bons C erhalten. Die gesamten von Deutschland zu beanspruchenden Zahlungen belaufen sich auf 40 Goldmilliarden.

Dem „Matin" zufolge stimmt dieses Programm mit dem vom Reichsminister v. Rosenberg vorbereiteten Plan überein. Poincaré gedenkt den Vorschlag zu machen, daß Frankreich und Belgien den Hauptanteil von den 40 Goldmilliarden, die Deutschland zu zahlen bereit wäre, erhalten soll. Diese 40 Milliarden stellen ungefähr Frankreichs Anspruch für das verwüstete Gebiet und die Wiederherstellungsausgaben dar, ohne daß den Sanktionen Rechnung getragen sei. Die Bezahlung habe schnell zu erfolgen, damit Frankreich seine Reparationen innerhalb zehn Jahren ausführen kann. Der Plan enthält keine Einzelheiten der für England vorgesehenen **Reparationen**. Die Zahlungen haben in drei Abstufungen zu erfolgen:

1. an Frankreich,
2. an Italien, Südslawien und Rumänien,
3. an Belgien.

Den größten Teil soll Frankreich mit 26 **Milliarden** und zwei absoluten Prioritäten erhalten. Auch Belgien soll ein Anrecht auf Prioritäten haben, doch wird kein Betrag genannt.

Sollte dieser Plan auf der heutigen Konferenz zur Annahme gelangen, so würde Frankreich einem Plan der Internationalisierung der Rheinlande und des Ruhrgebietes unter der Kontrolle des Völkerbundes zustimmen. Diese Kontrolle würde sich allerdings bis zu einer völligen Bezahlung der ersten 40 Milliarden in spätestens 10 Jahren hinziehen. Frankreich würde sich allmählich aus dem Ruhrgebiet zurückziehen und nur kleinere Truppenteile an strategisch wichtigen Punkten zurücklassen.

Diese besondere „taktische Klugheit" des „Matin" scheint nicht auf der Straße gefunden zu sein. Wahrscheinlich dient dieser Reparationsplan auch als Unterlage für die gegenwärtigen Verhandlungen in Paris. Es ist auch durchaus wahrscheinlich, daß Frankreich sich mit Belgien über die „Lösung" des Problems an der Ruhr einigen wird. Eines ist klar, dieser Reparationsplan soll wieder in Form eines **Diktats** an Deutschland gelangen, und ob sich jetzt Deutschland gutwillig zu einem neuen Diktat zwingen lassen wird, ist doch sehr die Frage. Es ist ausdrücklich beschlossen worden, daß die Regelung des Konfliktes nur dann geschehen kann, wenn die bedingungslose Freigabe der besetzten Gebiete erfolgt. Alles andere ist mit der Souveränität der deutschen Republik unvereinbar. Aber Poincaré will das Ruhrgebiet erst freigeben, wenn alles bezahlt ist, und außerdem verlangt er darüber hinaus eine Neutralisierung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes. Also lediglich eine verschleierte Loslösung aus dem Gefühl des Reiches, um dann Sonderbündelei treiben zu können.

So sieht kein Vorschlag aus, mit dem eine Verständigung eingeleitet werden könnte. Nicht Deutschland ist im Unrecht, sondern Frankreich, und ehe die französische Regierung dieses Unrecht nicht wiedergutmacht, ist eine Lösung des Reparationsproblems unmöglich. Frankreich hat doch jetzt Gelegenheit gehabt zu sehen, daß mit Tanks und Bajonetten sich Kohlen nicht produzieren lassen. Es muß sich doch sagen, daß es mit Gewalt keine Zahlungen erhalten wird, sofern es Deutschland seiner wirtschaftlich stärksten Kraftquelle beraubt.

Frankreich scheint die Stimmen der Welt nicht mehr zu hören in seinem verbohrten, fanatischen Haß. Und immer deutlicher und warnender erheben sich die Stimmen der neutralen Staaten, die tatenlos zusehen, wie ein fleißiges, arbeitsames Volk vernichtet werden soll. So ist eine Abordnung des Niederländischen Fachverbandes im Ruhrgebiet gewesen, in deren Bericht es u. a. folgendermaßen heißt: „Die Arbeiter sind fest entschlossen, ihren passiven Widerstand gegen die Franzosen und Belgier aufrechtzuerhalten. Durch Vervollkommnung der inneren Organisation und Einrichtung von Kommissariaten in Elberfeld und Berlin sei die Abwehr nunmehr gut geregelt. Das Eisenbahnpersonal sei der Meinung, den Streit bereits gewonnen zu haben, denn von Kohlenbeförderung sei keine Rede."

Der Bericht gibt dann die Schilderung eines Zwischenfalles eines Mitgliedes der Abordnung mit den Besatzungsbehörden in Essen wieder und schließt wörtlich:

„Im Ruhrgebiet wird in diesem Augenblick ein schwerer Kampf geführt. Ein Kampf zwischen Waffengewalt und Wehrlosigkeit, ein Kampf zwischen Barbarentum und Kultur und ein Kampf zwischen alten und neuen Ansichten über die Macht. Möge der Ruhrkonflikt zur Folge haben, daß der Machtwahnsinn für immer gebrochen wird, daß nicht mehr Waffengewalt das Recht bestimmt, und daß es dem deutschen Arbeiter vergönnt sein möge, durch seine Ausdauer mit ökonomischen Waffen das Schwert, das Bajonett, die Pistole, das Gewehr, die Kanone, ja selbst die Tanks zu besiegen."

Aber während all diesem gehen die Kämpfe an der Ruhr weiter, wird die Stimmung immer erbitterter und härter. So ist z. B. einer Berliner Meldung zufolge am Freitag den Behörden in Essen eine Ordonnanz des Generals Degoutte zugegangen, die vom 31. März datiert ist. Es heißt darin u. a.:

„Da die im besetzten Ruhrgebiet gelegenen Bergwerke die am 15. März fällige Kohlensteuer nicht bezahlt haben, findet künftig in diesem Gebiet folgende Regelung des Transportes von Kohle und Koks Anwendung: Kein Fahrzeug, das Kohle befördert, darf ohne einen Passierschein fahren, der von der interalliierten Kontrollkommission der Hütten- und Bergwerke oder ausnahmsweise, wenn es sich um Deputatkohle handelt, von dem Divisionsgeneral des Gebiets, in dem sich das betreffende Bergwerk befindet, ausgestellt wird." Im einzelnen wird dann bestimmt, daß jede ohne Passierschein verkehrende Kohlenladung ebenso wie das Gefährt beschlagnahmt wird und daß Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung mit einer Geldstrafe bis zu 100 Millionen Mark und einer Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren geahndet werden soll.

Die Berliner Blätter bemerken zu der Verordnung, daß sie **wenigstens auf dem Papier die Stillegung des gesamten Kohlenverkehrs** im Ruhrgebiet bedeute, denn kein Bergwerk wird das französische Recht im Ruhrgebiet anerkennen, einen Kohlenpassierschein zu verlangen.

Alle diese Maßnahmen zeigen deutlich die Erkenntnis der Machthaber, daß sie nichts auszurichten imstande sind. Das haben den Franzosen längst eingeleuchtet, und wenn man trotzdem hartnäckig an der Zerstörungswut festhält, so will man damit nur Deutschland einschüchtern. Man hofft auf die deutsche Kleinmütigkeit, die ja gelegentlich immer im entscheidenden Augenblick zutage getreten ist. Und es liegt an jedem einzelnen Bürger des Deutschen Reiches, ob diese Spekulation Frankreich glücken wird. Der Kampf ist nicht leicht und es werden noch ganz erhebliche innere moralische Opfer von Deutschland verlangt werden.

Im Ruhrgebiet selbst ist man darüber auch gar nicht im Zweifel und stellt sich dementsprechend ein. Da die Franzosen neuerdings angefangen haben, von den Halden die Kohlen abzutransportieren, so wird die Förderung auf ein Minimum eingeschränkt. Nur für Hausbrand und Eigengebrauch der Werke wird noch gefördert werden, so daß die Franzosen also bestenfalls die auf den Halden liegenden Kohlenmengen als „Beute" nach Frankreich schaffen können, mehr aber nicht. Ferner sollen Hochöfen ausgeblasen werden, um an ihnen Reparaturen vorzunehmen. Die gesamten Abwehrmaßnahmen sind darauf eingestellt, nichts zu produzieren, was den Franzosen zunutze kommen könnte, sondern nur die Arbeiterschaft zu beschäftigen, die Werke zu erhalten und im übrigen selbst unter größten Opfern den passiven Widerstand durchzuhalten. Denn ein Nachgeben in den für Frankreich entscheidenden Punkten würde mit dem offenen oder verschleierten Verlust des Ruhrgebiets und Rheinlandes nicht für den einzelnen Deutschen, wohl aber für ganz Deutschland noch weitaus größere Opfer bedeuten. Die Auswirkungen eines derartigen Sieges Frankreichs aber würden naturgemäß auch jeden einzelnen Deutschen in schwerste Mitleidenschaft ziehen.

Und je schärfer der Kampf auf wirtschaftlicher Seite geführt wird, um so mehr nehmen die grausamen Ausschreitungen an Umfang zu. Immer neue Gewaltmaßnahmen gegen die wehrlose Bevölkerung, zum Teil unter den brutalsten Umständen. Jeden Menschen wird zum Beispiel folgender Vorfall aufs tiefste erschüttern. Am 12 April stand die Frau des Schlossers Hegenberg vor der Entbindung. Als sich Hegenberg nachts gegen 2 Uhr auf den Weg machte, um die Hebamme zu holen, wurde er von einer französischen Patrouille ergriffen und zur Wache gebracht. Er erklärte dem Wachthabenden, warum er die Straße betreten hatte. Trotzdem wurde Hegenberg auf der Wache zurückgehalten. Als Hegenberg gegen 6 Uhr morgens endlich entlassen wurde, fand er seine Frau in der Wohnung hilflos in ihrem Blute schwimmend vor, und das angekommene Kind war inzwischen blau angelaufen. Trotz aller Bemühungen gelang es nicht, das Kind am Leben zu erhalten. Der stellvertretende Bürgermeister hat wegen des unmenschlichen Verhaltens der französischen Militärpersonen beim Kommandanten Einspruch erhoben.

Auch die Ausweisungen nehmen kein Ende. So hat jetzt auch Bürgermeister Krainger in Dermagen den Ausweisungsbefehl erhalten. Er soll das besetzte Gebiet innerhalb 24 Stunden, seine Familie innerhalb vier Tagen verlassen. Die Familie wird durch diese Maßnahme der Besatzungsbehörde besonders hart getroffen, da zwei Töchter ernstlich krank sind — Immer neue Gerichtsverhandlungen mit scharfen Urteilen nehmen überhand. So war der Betriebsleiter Bohmann von der Clever Straßenbahn wegen beleidigenden Verhaltens angeklagt. Er hatte den Befehl gegeben, einen verhafteten deutschen Zollbeamten nicht mit der Straßenbahn zu befördern. Bohmann, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, erhielt drei Monate Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe. Mit ihm angeklagt war der Straßenbahnwagenführer Simon van Baal aus Wyler bei Cleve, der den Transport mit dem betreffenden Zollbeamten nicht mitgenommen hatte. Er erhielt zwei Monate Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe.

Das Kriegsgericht in Bonn hat die Eisenbahnbeamten Heinz und Feilmann aus Sinzing zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, weil sie Telephonapparate, die zum Betrieb der Eisenbahnen gehörten, zerstört haben sollten. Die Eisenbahnbeamten Liesefeld und Nikolai wurden unter der Beschuldigung, Telegraphenapparate in Koblenz zerstört zu haben, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Das in Mainz erscheinende „Echo du Rhin" bringt diese Urteile unter der Überschrift „Heilsame Verurteilungen".

Das Kriegsgericht in Landau hat die Staatsanwälte Dr. Fischer und Hellmer aus Kaiserslautern zu fünf Jahren Gefängnis und fünf Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie sich geweigert hatten, Untersuchungsgefangene von Franzosen in das deutsche Gefängnis in Kaiserslautern aufzunehmen.

Aber alle diese Grausamkeiten, die ein jeder Tag von neuem bringt, sie haben die Bevölkerung immer nur noch härter, noch fester in ihrem Entschlusse gemacht. Hoffentlich behält diese Härte die Oberhand, allen wahnsinnigen Ausbrüchen der französischen Wut zum Trotz. Je mehr Frankreichs glorreiche Armee rast und wütet, um so schneller wird es den Ruf verlieren, eine Kulturnation zu sein, denn heute schon erkennt die Welt, was eigentlich die französische Kultur ist. Die Peitsche, die jetzt die Soldateska über den wehrlosen Frauen und Männern des Ruhrgebiets schwingt, sie wird eben von diesen selben Soldaten über Frankreichs verfallenden Körper geschwungen werden, denn die Roheit, sie wird im eigenen Lande weiterwüten. Und über kurz oder lang wird dieses „Kulturvolk", das jetzt erst so recht seine wirkliche „Kultur" zeigt, die Saat ernten, die es in den Jahren, da Gelegenheit zum Beweis des Friedens gegeben war, gesät hat.

„Eine türkische Stimme".

Die türkische Zeitung „Ikdam" in Konstantinopel, deren Besitzer Ahmed Djewdet seit einiger Zeit seinen Wohnsitz nach München verlegt hat, widmet neuerdings den deutschen Angelegenheiten mehr Aufmerksamkeit als bisher. In seinem letzten Münchener Briefe bespricht Ahmed Djewdet die Ereignisse im Ruhrgebiet u. a. wie folgt:

Die dem Weltkrieg entsprungene Umwälzung hatte, wie anderswo, auch in Deutschland Hoffnungslosigkeit, Charakterschwäche, Müdigkeit zur Folge. Doch Deutschland beginnt, sich davon zu erholen. Und nun hat der Ruhreinbruch der Franzosen eine Bewegung ausgelöst, die dem Aufflammen des türkischen Nationalgefühls nach der Besetzung Smyrnas ähnelt. Da Deutschland sich nicht rühren und nicht die Waffen ergreifen kann, trägt diese Bewegung einen geistigen und nationalen Charakter. Frankreich will die deutsche Einheit vernichten. Es will eine rheinische Republik gründen und Bayern vom Reiche loslösen. Wie es auch bei uns schwachherzige Leute gegeben hat, so fördern auch in Deutschland ein paar Leute diese Politik, doch kaum mehr als fünf bis zehn. Im übrigen ist groß und klein dagegen. Wie die Griechen mit ihrer Besetzung Smyrnas einen schweren Fehler begangen haben, so auch die Franzosen mit ihrem Einbruch ins Ruhrgebiet.

Der Kanzler des gewaltigen Deutschlands, vor dem gestern noch die Welt zitterte, stößt heute Klagen aus und beweist damit, daß ein nicht auf die Macht gestütztes Recht im internationalen Leben nutzlos ist. Zu Beginn ihrer Ruhraktion, die die Franzosen unter dem Vorwand der Nichtzahlung der Reparationen unternahmen, erklärten sie, ihr Vorgehen entbehre jeder politischen und militärischen Bedeutung und die Begleittruppen sollten nur zum Schutz der ins Ruhrgebiet entsandten Ingenieurkommission dienen. Heute stehen an der Ruhr 100 000 Mann; Karlsruhe, Mannheim, Darmstadt sind außerdem besetzt, und man spricht von der Annexion des Ruhrgebiets, gegen die ein Widerstand nicht denkbar ist. Dies läßt sich nicht mit dem griechischen Einbruch in Westanatolien vergleichen. Denn dort gab es ein zum Widerstand entschlossenes siegesgewisses türkisches Volk und Heer. In Deutschland jedoch gibt es weder ein Heer noch ein einiges Volk. Hierzu kommt die geographische Lage Deutschlands, seine innere Schwäche, der eiserne Ring, der es umschließt, und Frankreichs militärische Stärke. Frankreich weiß dies genau und hat seit langem sein Unternehmen vorbereitet Man braucht dazu nur das Organ seiner Schwerindustrie, die „Journée industrielle" zu lesen. In Deutschland aber, wo die Arbeiter seit Kriegsende bei jeder Gelegenheit geschrien haben: „Nie wieder Krieg! Nieder mit dem Militarismus!" — beginnt die Mehrheit, jetzt die Wahrheit zu erkennen. Die Regierung, die bis dahin jeden Befehl ausgeführt hat, ruft jetzt nach Recht und Gerechtigkeit, nach Hilfe des Auslandes, und beginnt durch die Presse wieder das Nationalgefühl zu erwecken. In dieser trüben Lage rühmen die Deutschen unsere nationalen Erfolge. **Man sieht, daß bei den für besonders stark und national geltenden Deutschen das Nationalgefühl nur in den Zeiten des Friedens und Gedeihens existierte.** Man ermißt die Kraft eines Volkes nicht an seiner Ausdehnung und der Zahl der Kanonen, sondern an seinem Nationalgefühl.

Vor der zweiten Konferenz in Lausanne.

Die zweite Lausanner Friedenskonferenz wird nunmehr endgültig am 23. d. Mts. in Lausanne beginnen. Die französische öffentliche Meinung zeigt sich über die Nachrichten, die aus Konstantinopel über das Chesterabkommen einlaufen, sehr beunruhigt. Nach englischen Meldungen hat die türkische Regierung erklärt, daß die an Frankreich verliehene Konzession vom April 1914 ungültig sei, da sie niemals vom türkischen Parlament bestätigt wurde. Darum stehe auch nach türkischer Ansicht diese Konzession durchaus nicht dem Abschluß der Chesterkonzession im Wege. In Verfolgung ihres Standpunktes werde die türkische Regierung daher die Protestnote des französischen Oberkommissars in Konstantinopel nicht beantworten.

Nach einer angeblich aus offizieller Quelle stammenden Agenturmeldung aus Washington hat sich die amerikanische Regierung entschlossen, bei den neuen Verhandlungen in Lausanne sich durch einen Abgesandten vertreten zu lassen. Man glaubt, daß Admiral Bristol unter den amerikanischen Vertretern sein wird. Ob der Amerikaner nur als „Beobachter" oder als ein vollberechtigtes Mitglied der Konferenz beiwohnen wird, steht noch nicht fest.

Im übrigen beginnen auch die Russen hinsichtlich der neuen Konferenz in Lausanne eine größere Aktivität zu entfalten. Der Vertreter des „Petit Parisien" in Konstantinopel hatte eine Unterredung mit dem russischen Gesandten Araloff, in der der Russe erklärte, Rußland lege großen Wert darauf, an der beginnenden Konferenz teilzunehmen. Rußland stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Meerengenfrage nicht ohne die Teilnahme Rußlands gelöst werden könne. Heute noch bestehe der russische Standpunkt in der Form, wie ihn Tschitscherin auf der ersten Lausanner Konferenz vertreten habe. Die Meerengen könnten nur unter uneingeschränkter türkischer Souveränität stehen und dürften nur von unbewaffneten Schiffen passiert werden. Diese Auffassung werde Rußland gegenüber der ganzen Welt mit Nachdruck verfechten. Zu dem türkischen Abkommen mit Admiral Chester erklärte Araloff, dies sei eine innere Angelegenheit der Türkei, über die er sich nicht äußern wolle.

Deutsches Reich.

Absturz eines Flugzeuges in Tempelhof.

Ein älterer Doppeldecker, Typ A. E. G., der Deutschen Luftreederei, der mit einer Kabine für drei Fluggäste ausgerüstet war und mit dem auch ein Berichterstatter kurz vorher seine Besichtigungsfahrt vollendet hatte, stürzte kurz nach einem weiteren Aufstieg, noch im Steigen begriffen, aus etwa 25 Meter Höhe ab, während er etwas scharf in eine Kurve ging. Von den Fahrgästen war Oberingenieur von Meszinsky sofort tot, der Verwaltungsdirektor Vogt vom Verkehrsamt wurde so schwer verletzt, daß er auf dem Transport starb, Stadtverordneter Carl Bötzer und der Flugzeugführer Noak wurden schwer verletzt in das Urban-Krankenhaus gebracht.

Das Befinden der beiden Schwerverletzten ist nicht unbedenklich. Die Ärzte hoffen jedoch, die beiden Verletzten am Leben erhalten zu können. Sie haben schwere Knochenbrüche davongetragen, Stadtverordneter Bötzer auch innere Verletzungen. Bötzer, der Maler von Beruf war und in der Malergewerkschaft als Gewerkschaftssekretär tätig ist, gehört der Stadtverordnetenversammlung seit Ende 1921 an. Er ist Mitglied der Deputation für Siedlungs- und Wohnungswesen.

Eine Mordtat betrunkener Marokkaner.

Nach einer Blättermeldung aus Wiesbaden verlangten in einer Wirtschaft am Römerberge drei betrunkene Marokkaner Alkohol, der ihnen verweigert wurde. Sie bedrohten den Wirt und die anwesenden Gäste mit ihren Seitengewehren. Als sie von einem Schutzmann und zwei Offizieren verhaftet werden sollten, stachen sie wild um sich, wobei der 15jährige Buchdruckerlehrling Fritz durch einen Stich getötet wurde.

** **Weitere Eisenbahnervertreibungen.** Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" aus Mainz haben die Franzosen gestern mittag mit sofortiger Wirkung 36 Eisenbahnbedienstete mit ihren Familien ausgewiesen. Gestern haben in Stolberg wieder 13 Eisenbahnerfamilien die Dienstwohnungen räumen müssen.

Kino „Apollo"

Die grossen Künstler Lidja Salomonowa Paul Wegener in dem sechs-aktigen Drama „Der Dämon der Renaissance"

Anfang 6½ und 8½ Uhr — Premiere: Dienstag, den 17. April 1923

Ich gebe meine Verlobung mit Fräulein

Gertrud-Marianne Kienzle

bekannt

Dr. Johann Reiners.

Mannheim-Käfertal. Posen.

Am 12. d. Mts. verstarb in Düsseldorf meine liebe Frau, unsere unvergeßliche Tochter, Schwester und Schwägerin

Olga Stauß, geb. **Steinke.**

im Alter von 31 Jahren.

August Stauß und Söhnchen.
Albert Steinke und Frau.
Anna Steinke, geb. Radtke.
Else Winter, geb. Steinke.
Adelheid Steinke.
Felix Winter.

Glowno, den 16. April 1923. [6677

Hackmaschinen

System **„Woolnough"**
(wie von Dehne gebaut) (6332

für Getreide u. Rüben

liefert bei rechtzeitiger Bestellung in **allen** Breiten — desgl. Hackmesser

Woldemar Günter,

Landw. Maschinen u. Bedarfsartikel, Fette und Oele,
Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6. — Telephon: 52-25 —

Achtung!

Deutsche Optanten!

1 zwangswirtschaftsfreies Landhaus

in vornehmstem Vorort Danzigs, bestehend aus 7 Zimmern, Flur, Veranda, Küche, 2 Mädchenzimmern, Waschküche, Keller, massive Garage, Stall und 2 Wohnungen für Chauffeur und Gärtner, Eiskeller, 17 500 Quadratmeter Land, davon 10 000 Quadratmeter Obstgarten u. Park, Wert des ganz. Objekts zirka 20 000 Dollar **ist zu tauschen gegen ein Gut** in Pommerellen oder Posen. Zuzahlung möglich. Angebote unter **6655** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Majoratsforst Obrzycko

verkauft durch schriftliches Angebot

geschältes Kiefern-Grubenholz

in ganzen Längen in zwei Losen. Los 1: 4280 Stück mit 423,12 Festmetern; Los 2: 3844 Stück mit 419,02 Festmeter. Schriftliche Angebote pro 1 Festmeter, loko Wald, mit der Erklärung, daß die Verkaufsbedingungen anerkannt werden, erbittet der Endesunterzeichnete bis **Sonnabend, den 28. d. Mts., vormittags 9 Uhr.** Verkaufsbedingungen: Bezahlung in bar bis 2. Mai 1923. Für Qualität u. Quantität wird keine Gewähr übernommen. Für Quantität jedoch dann, wenn Unrichtigkeiten bis 25. April d. Js. der Oberförsterei angegeben werden. Genaue Listen sind durch die Oberförsterei zu beziehen unter Beifügung eines beschriebenen und beklebten Briefumschlages mit einer 500 Mark Briefmarke.

Nadleśnictwo Zielonagóra, den 11. April 1923.

Dreger, Oberförster.

---

7 Equipagen

in gutem Zustande sogleich zum Verkauf.

Besichtigung zu jeder Zeit. [6618

Rittergut Jeziorki,

Eisenbahnstation: **Buk.**

Roßhaare

kauft jeden Posten und zahlt **höchste Preise** [759

A. Nicklaus, Bürstenfabrik,

Import. Poznań, św. Marcin 45a. Export.
Telephon: 16-49.

PALMA

Kautschuk-Sohlen u. Kautschuk-Absätze

Vorteile!

Billiger und bedeutend haltbarer als Leder!

Schutz gegen Nässe und Kälte

Palma Kauczuk, Skład fabryczny, Poznań, Kanałowa 18.

Obwieszczenie.

W naszym rejestrze spółdzielni zapisano przy nr. 4. odnośnie do firmy: „Spar und Darlehnskasse w Rogoźnie" na mocy nowego statutu z dnia 15. grudnia 1922 r. następujące zmiany: Firma brzmi odtąd: **Spar- und Dahrlehnskasse, Spółdzielnia z odpowiedzialnością nieograniczoną w Rogoźnie.** Udział wynosi 30 000 mk., każdy członek zobowiązany jest wpłacić 10 000 mk.; natychmiast; ustalenie kwoty i czasu dalszych wpłat na udział podlega powzięciu uchwały przez Walne Zgromadzenie. Członkowie odpowiadają zadeklarowanemi udziałami i ponoszą odpowiedzialność dodatkową nieograniczoną. Zarząd składa się z 5 członków. Do Spółdzielni mogą należeć jedynie osoby mieszkające w Rogoźnie i w obrębie 15 km. Ogłoszeń dokonuje się w „Posener Tageblatt" w Poznaniu.

Rogoźno, dnia 15. marca 1923. (6660

Sąd Powiatowy.

Betrifft die Besteuerung zu Gunsten der Versicherungsanstalt von Unfällen in der Landwirtschaft.

Die Zahlungsliste der Besteuerung zu Gunsten der Versicherungsanstalt von Unfällen in der Landwirtschaft (Sektion Poznań Stadt) ist zur öffentlichen Einsichtnahme in den Büroräumen des Städtischen Ausschusses (Pl. Sapieżyński 10 a, 1 Treppe, Zimmer 7) in der Zeit vom 15.—30. April d. Js. während der Amtsstunden ausgelegt.

Angefangen vom 1. bis 15. Mai steht den betreffenden Unternehmern das Recht des Protestes gegen die Einschätzung zu. Die Proteste, die keine prohibitive Macht haben, sind an den städtischen Ausschuß in Poznań zu richten. Die Gebühren für das Jahr 1923 werden in der Höhe des 345 fachen der Grundsteuer berechnet.

Poznań, den 10. April 1923.

Der Städtische Ausschuß.

Zirka 30—40 Tonnen

Bauschienen,

für Trägerzwecke sehr gut geeignet, 3—7 m lang, 115—130 mm hoch, auch in Teilposten geben billigst ab.

Smoschewer & Co.,
T. z o. p.
Bydgoszcz, Dworcowa 31 b.
Telephon 430 und 431.

Kaufe erstklassiges, schweres **Mastvieh**

und bitte um Offerte, Gattung und Gewicht.

W. Jezierski, Poznań, [6435
Telephon: 5213. ul. Fr. Ratajczaka 18.

Deutsche Hausseife,

prima 65% Kernseife, Marke „Schmidt" offeriert die

Seifenfabrik Hugo Schmidt,
Lodz, Lipowa 47.

Eckert Ernte-Maschinen
Lanz Zentrifugen

sind jahrzehntelang erprobte Fabrikate!
Sie bleiben unübertroffen, beliebt und bevorzugt in allen Teilen der Welt.

Hackmaschinen
Bauart Dehne
in technisch vollendeten Ausführungen
und
Pflanzloch-Masch.
System Sarrazin
Fabrikate **Kuhl u. Lippitz, Jauer**
ab Lager Poznań
beim
Generalvertreter in Polen

Ing. H. Jan Markowski
Grosshandlung landw. Maschinen,
Poznań
Mielżyńskiego 23.
Telephon 52-43.

Zusammenlegbarer (6679

Kinder-sportwagen

ohne Verdeck zu **kaufen gesucht.**

Brummack,
Wierzbięcice 45 II.

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 17. 4., abends 7½ Uhr: **„Straszny Dwór",** Oper von Moniuszko.
Mittwoch, den 18. 4., abends 7½ Uhr: **„Hoffmanns Erzählungen",** Oper von Offenbach. Gastspiel: Eva Bandrowska.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol Ecke ul. Fredry und Sew. Mielżyńskiego.



Teatr Pałacowy
Poznań,
Plac Wolności 6.

Vom 16. bis 22. April:

Lola Montez

genannt

„Tochter des Satans".

Berüchtigte Abenteuerin des 19. Jahrhunderts und Favoritin des bayrischen Königs Ludwig I.

In der Hauptrolle:

Ellen Richter.

Beginn der Vorstellungen um 4½, 6½ und 8½ Uhr.

Kino COLOSSEUM
św. Marcin 65.
Vom 16. bis 22. 4.:

Das Geheimnis des Segelschiffes „Santa Marja."

Sensations- und Abenteuerdrama in 6 Akten.

Deutsch. Stud.-Dir.

noch im Amt in Polen, übernimmt **Erziehung und Unterricht bis U II** in vornehm. Hause a. d. Lande. Dauerst. bevorzugt. Gefl. Offerten an

Frau Kimme, Czarnków
ul. Wieleńska.

Jg. Mädchen, Abiturientin

eines deutschen Gymnasiums **sucht Pension,** oder einf. **möbl. Zimmer,** evtl. gegen Privat- u. Nachhilfestunden in allen Fächern einschl. Polnisch. Gefl. Angebote unt. **D. 6650** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Dienstag, den 17. April, abends 8 Uhr, im gr. Saal des Evgl. Vereinshauses

Kulturfilm-vorführung

Wunder d. Technik.

Film aus den wichtigsten Gebieten d. deutschen Industrie.

Eintrittskarten zu 2000 M. bei **Gumnior** Ecke St. Martin- und Viktoriastraße.

Detektiv Dekiert, Poznań, ul. Romana Szymańskiego 9 III (fr. Wienerstr.) Ermittelungen, Beobachtung Handelsauskünfte. (6597

Goldwarengeschäft

in allerbester Lage in Katowice

mit reichem Lager an Gold- und Silberwaren, nebst Laden- und Werkstatt-Einrichtung unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen. Anzahlung 50 Millionen Reichsmark.

Näheres zu erfragen durch:

Max Janotta, Katowice, Friedrichstraße 31.

---

2 Zimmer-Wohnung, evtl. größere, von kinderlos. Ehepaar **gesucht.** Preis und Gegend Nebensache. Offerten unt. **6678** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

„Varieté Apollo"

Montag 16. 4. u. folgende Tage von 8 Uhr abds.

Heute Premiere!

Nur kurze Zeit!

Das neue phänomenale PROGRAMM.

Unter anderm: **Coupletsänger Karl Hanusz, Ballett Kiliński, Der Todesritt im Korbe, Der Himmelsersteiger** u. a.

Dienstag, 17. April 1923. **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr. 86.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 16. April.

Die neue Messehalle.

Die dritte Posener Messe, die bekanntlich am 2[illegible]. d. Mts. eröffnet werden soll, verspricht, wie man aus zuständigen Kreisen erfährt, durch die Zahl der Aussteller die beiden bisherigen Messen der Jahre 1921 und 1922 erheblich in den Schatten zu stellen. Als ein erheblicher Mißstand der beiden ersten Posener Messen ergab sich, daß die Ausstellungsräume, als die der Oberschlesische Turm mit den beiden ihn rechts und links flankierenden Hallen, die von den beiden Banken errichtet, jetzt aber Eigentum der Messeleitung sind, und die große Halle auf dem Plac Prezydenta Drweskiego (fr. Livoniusplatz) in Frage kamen, nicht genügten. Da man obendrein mit einer erheblichen Steigerung des Messeverkehrs rechnen konnte, so mußte die Messeleitung diesem Umstande Rechnung tragen, indem sie den Bau einer neuen großen Ausstellungshalle in die Wege leitete. Die städtischen Körperschaften konnten sich den überzeugenden Gründen nicht verschließen, im Herbste v. Js. wurde das vorgelegte Bauprojekt genehmigt, und man ging sofort an seine Ausführung. Die Halle fand auf dem Platze neben dem Oberschlesischen Turm, wo in der Kriegszeit Lebensmittelverkaufshallen der Stadt standen, ihre Stätte. Die ungewöhnlich milde Witterung des vergangenen Winters stand dem Bau der Halle fördernd zur Seite. Es konnte bis auf wenige Tage ununterbrochen gearbeitet werden, und heute, also 14 Tage vor dem Beginn der Messe, steht das Bauwerk in seinem Rohbau vor uns.

Die Halle fügt sich dem ganzen Ausstellungsplatze harmonisch ein und bildet auch vom architektonischen Standpunkte betrachtet ein gediegenes Schmuckstück, das sich dem Auge des Beschauers auf das Vorteilhafteste darbietet. Es handelt sich um ein aus Backsteinen erbautes Bauwerk von ganz ungewöhnlich großen Ausmaßen, deren Oberbau der aus Holz errichtete Lichtschacht mit seinen zahllosen Lichtfenstern bildet. In der Mitte überragt eine Kuppel von gewaltigen Dimensionen den Bau, dessen Spitze seit Sonnabend nachmittag der Richtkranz ziert, zum Beweis dafür, daß am Sonnabend das Richtfest von den beteiligten Maurern, Zimmerern und sonstigen Handwerkern, die bei dem Bau lohnenden Verdienst gefunden haben, gefeiert worden ist. Der Kuppelbau mit dem übrigen Dache ist oder wird noch mit Weißblech zum Schutz gegen die Unbilden des Wetters beschlagen. Die Halle ist etwa 120 Meter lang und 30 Meter breit. Die ursprünglich auf 800 Millionen Mark veranschlagten Baukosten reichten in der Zeit der fortgesetzten Steigerung der Materialkosten und der Arbeitslöhne naturgemäß nicht aus. Deshalb war die Stadtverordnetenversammlung bereits einmal genötigt, eine Nachforderung von 200 Millionen zu bewilligen. Und nach der alten Erfahrung aus normalen Zeiten, daß der Bauanschlag regelmäßig ganz erheblich überschritten wird, wird man zufrieden sein müssen, wenn bei der Endabrechnung nochmals nur 200 Millionen nachbewilligt werden müssen, so daß dann der Bau das bescheidene Sümmchen von 1 000 000 000 Mark oder in Buchstaben eine Milliarde gekostet haben würde. Ein Preis, der allerdings in einer Zeit, in der man schon vielfach mit Milliarden zu rechnen angefangen hat, kaum überraschen wird.

Der Bau der Halle ist von seiner restlosen Fertigstellung noch ziemlich weit entfernt, namentlich was die Innenausstattung anbelangt. Bei dem zweifellos regen Fleiße aber, mit dem an der Vollendung des schönen Baues von allen Beteiligten gearbeitet wird, ist unter allen Umständen damit zu rechnen, daß seine Fertigstellung zum Ende dieser Woche, spätestens aber zum Beginn der nächsten Woche erwartet werden kann. Es ist das allerdings der äußerste Zeitraum, denn in der nächsten Woche wird sich der Bienenfleiß, mit dem an der Vollendung der Ausstellungshalle gearbeitet wird, auf dem ganzen Ausstellungsplatze und in den Ausstellungshallen von allen Beteiligten entwickeln, damit sich die dritte Posener Messe an ihrem Eröffnungstage auch wirklich fertig präsentiert. Damit aber die Halle von den Ausstellern benutzt werden kann, muß ihr Bau vorher vollendet sein. hb.

Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises.

Die Straßenbahndirektion hat von dem ihr von der Stadtverordnetenversammlung Ende März gewährten Rechte, den Straßenbahnfahrpreis vom 15. d. Mts. ab von 500 auf 600 Mk. für die Einzelfahrt zu erhöhen, falls durch den ersten Preis die ständig steigenden Unkosten nicht gedeckt werden sollten, Gebrauch gemacht. Seit gestern kostet demnach die einfache Fahrt 600 Mark. Eine Erhöhung der Abonnementspreise ist, weil in der Mitte des Monats nur mit den allergrößten Schwierigkeiten durchführbar, nicht eingetreten.

Die Tatsache der Preiserhöhung vom gestrigen Tage ab war von der Straßenbahndirektion, soweit wir übersehen, nur in einem einzigen polnischen, keinem deutschen Blatte, und dann noch obendrein durch eine ganz kleine Anzeige bekannt gegeben worden. Diese offenbar von allzu großer Sparsamkeit diktierte Maßnahme hatte unliebsame Folgen; denn die Fahrgäste, die nicht Leser des von der Straßenbahn bevorzugten Blattes sind und denen infolgedessen die Preiserhöhung nicht bekannt geworden war, weigerten sich, 600 Mark für den Fahrschein zu zahlen. Und so kam es zu zahlreichen unliebsamen Auseinandersetzungen zwischen den Schaffnern und dem Straßenbahnpublikum. In nicht wenigen Fällen waren die Straßenbahnschaffner obendrein noch die Leidtragenden, indem sie Kindern usw., die nur 500 Mark bei sich führten, den Fahrschein, nachdem sie ihn schon abgerissen und durchlocht hatten, zu diesem Preise ließen und so jedesmal 100 Mark einbüßten. Diese unliebsamen Tatsachen wären vermieden worden, wenn die Straßenbahn die beabsichtigte Preiserhöhung rechtzeitig allgemein bekannt gegeben hätte.

Mit Rücksicht auf die mit dem Ausbau des plac Wolności (fr. Wilhelmsplatz) verknüpfte Gleisverlegung ist seit heut abend der Straßenbahnverkehr über die ul. Nowa (früher Neuestr.) zum Stary Rynek (fr. Alten Markt) gesperrt; es gelten für den Straßenbahnverkehr an den beiden Tagen folgende Bestimmungen:

Heut, Montag, fahren die letzten vier Züge von Linie 8 abends vor dem Aussetzen, und zwar 8 Uhr, 8.10, 8.20 und 8.30 Uhr, am Alten Markt von der ul. Fabryczna (fr. Fabrikstr.) eintreffend, nur bis dorthin bzw. Gerberdamm; von Linie 2 von Wilda die Züge 10.35, 10.45, 10.55, 11.5 und 11.15; von Linie 1 die letzten drei Wagen, von Schrodka kommend, ebenso. Am 17. und 18. d. Mts. ist der Verkehr zwischen Weiche Polizei am Plac Wolności (fr. Wilhelmsplatz) und Alten Markt gesperrt, weil eine Umlegung der Gleiskurven an der Aleje Marcinkowskiego (fr. Wilhelmstr.) vorgenommen wird. Linie 1, Bahnhof, verkehrt in diesen Tagen Eichwaldtor (mit Linie 3 bis Caponière, Fünfminutenverkehr); Linie 4, Lazarus, verkehrt Sapiehaplatz; Linien 2, 6 und 8 verkehren von den oberen Strecken nur bis Weiche Polizei. Die Abonnementskarten von den oberen Linien nach ul. Wielka (fr. Breite Str.) haben das Recht, an den in Frage stehenden Tagen die Linien nach dem Plac Św. Krzyski (fr. Petriplatz) oder Sapiehaplatz oder Weiche Polizei zu benutzen. Ebenso ist ein einmaliges Umsteigen mit Fahrschein erlaubt, jedoch muß dieses bei Lösung des Fahrscheines ausdrücklich verlangt und der Fahrschein mit dem Umsteigevermerk versehen werden.

Personalausweise für Optanten.

Das deutsche Konsulat in Thorn macht auf folgendes erneut aufmerksam:

„Nach einer Mitteilung der Wojewodschaft Pommerellen werden die deutschen gelben Personalausweise (Paßersatz) nur noch bis zum 15. d. Mts. seitens der polnischen Behörden innerhalb des Landes als Ausweise anerkannt. Nach diesem Termin werden diese Urkunden von den polnischen Behörden als ungültig betrachtet, und setzen sich die Besitzer derselben im Falle der weiteren Benutzung Unannehmlichkeiten seitens dieser Behörden aus. Für Reisen über die Grenze besitzen sie bis zum genannten Termin nur dann Gültigkeit, wenn sie den Vermerk „deutscher Reichsangehöriger" tragen. Die Inhaber solcher Personalausweise werden daher in ihrem Interesse ersucht, sofern sie ihre deutsche Reichsangehörigkeit durch Heimatscheine deutsche Options- oder Wiedereinbürgerungsurkunden nachweisen können, sofort beim Deutschen Konsulat Thorn, Paßabteilung, oder der deutschen Paßstelle Bromberg die Ausstellung von Reichspässen zu beantragen, sofern sie dazu jedoch nicht in der Lage sind, sich an den zuständigen Herrn Starosten bzw. Stadtpräsidenten zwecks Ausstellung eines Passes für Staatenlose zu wenden. Die ungültig werdenden Personalausweise sind dem Konsulat bzw. der Paßstelle gegen Ausstellung einer Bescheinigung zurückzureichen, da sonst der Betreffende keinen Sichtvermerk erhalten kann.

Die vorstehende Regelung erstreckt sich vorläufig nur auf den Bereich der Wojewodschaft Pommerellen.

Ein neuer Roman

beginnt morgen im „Posener Tageblatt": „Frau Else" von L. v. Rohrscheidt. Es ist die Geschichte der Ehe zweier auseinanderstrebender Naturen, die Geschichte dreier Menschen, die durch bittere Erkenntnis, zu spät kommende Glücksmöglichkeit und tiefes Leid hindurch müssen, bis der Tod mit harter Hand den Knoten durchhaut. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß es sich um einen Roman handelt, der das Problem durchaus ernst behandelt und daß in ihm Menschen dargestellt werden, die mit sich und mit ihrem Schicksal ringen. Zugleich aber bringt der Roman manches anmutige, behagliche Bild von dem Leben vor dem Kriege, manche gelungene Schilderung der freundlichen Oberfläche, unter der das unabwendbare Schicksal der Hauptbeteiligten sich abspielt. Da die Vorgänge gut erzählt werden, wird der Roman unsern Lesern sicher eine willkommene Unterhaltung sein.

Die deutsche Sprache in den Kinos nicht mehr zugelassen. Der Wojewode von Pommerellen hat in den Kinos die Vorführungen aller Filme mit deutschen Aufschriften verboten. Wie der „Dziennik Gdański" meldet, soll auch kein Dolmetscher, der die Aufschriften laut übersetzt, geduldet werden. Nur die polnische Sprache sei zugelassen.

Ausbau des Funkentelegraphie-Verkehrs. Im Telegraphenministerium werden gegenwärtig Verhandlungen gepflogen, die darauf hinauslaufen, den Funkentelegraphenverkehr in Polen weiter als bisher auszubauen. Es sind verschiedene Entwürfe ausgearbeitet worden, die aber eine Aenderung der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen notwendig machen.

X **Erhöhung des Milchpreises.** Der Preis für ein Liter Vollmilch, das bisher 1300 Mk. kostete, beträgt seit Sonnabend 1700 Mk. Eine Erhöhung des Butterpreises ist nicht eingetreten, er scheint vielmehr etwas zu fallen. Molkereibutter kostet gegenwärtig 13 000 bis 14 000 Mk., sog. Bauernbutter 12 000 Mk.

Kulturfilmvorführung. Morgen, Dienstag, abends 8 Uhr, findet, wie bereits angekündigt, die vorläufig letzte Kulturfilmvorführung statt. Der Film enthält bei 1¾stündiger Vorführungsdauer die wichtigsten Gebiete der deutschen Industrie, darunter vor allem die Gewinnung der Kohle und die Herstellung des Eisens. Von besonderem Interesse dürften die Aufnahmen aus dem Bergwerkbetriebe unter Tage sein. Eintrittkarten zu 2000 Mk. sind im Vorverkauf in der Zigarrenhandlung von A. Gumnior zu haben. Ermäßigte Karten für Schüler und Hörer der deutschen Vortragsveranstaltungen nur in der Deutschen Bücherei.

Großes Theater. Dienstag: Moniuszkos „Straszny Dwór" (mit Herrn Woliński, der hier zum ersten Mal in dieser Oper auftritt. Musikalische Leitung: Herr Bojanowski).

Gastspiele im Großen Theater. Der Theaterdirektion ist es gelungen, das Gastspiel der Lemberger Sängerin Eva Bandrowska zu verlängern. Frau Bandrowska tritt am Mittwoch dieser Woche in Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen" auf. — Der Petersburger Tenor Dimetri Smirnow, der am Sonntag mit großem Erfolg im Konzertsaal der Universität konzertierte, tritt am kommenden Sonntag und am Dienstag, dem 24. d. Mts., im Großen Theater als Gast auf. Gegeben wird am Sonntag „Rigoletto" am Dienstag „Lakmé". Mit Rücksicht auf die sehr großen Kosten dieses Gastspiels wird für diese beiden Abende das Abonnement aufgehoben.

Der Klavierabend Śliwiński findet heute, Montag, im Konzertsaal der Universität statt.

Miljonówka. In der letzten Ziehung gewann das Los Nr. 0 404 345.

X **Hilfeleistungen der Feuerwehr.** In der Nacht zum Sonntag gegen 1½ Uhr wurde die Feuerwehr nach der ul. Poznańska 50 (fr. Posener Straße) gerufen, wo die vier Lehrlinge des Fleischermeisters Wł. Czubala, und zwar Stanisław Konopka, Stefan Ratajczak, Maksymiljan Strzyparek und Sławiński, in ihrem Schlafraum durch eine Gasvergiftung ohnmächtig aufgefunden worden waren. Während es der Feuerwehr bei dem einen Lehrling sofort gelang, ihn ins Bewußtsein zurückzurufen, mußten die drei anderen dem Stadtkrankenhause zugeführt werden, wo sie sich ebenfalls sämtlich wieder erholten. Obwohl der Schlafraum völlig mit Gas angefüllt war, gelang es der Feuerwehr nicht, den Herd des ausströmenden Gases zu entdecken, sie sperrte deshalb kurzerhand die ganze Gaszufuhr zu dem Hause ab. — Gestern, Sonntag, nachmittags 2¾ Uhr, wurde die Feuerwehr nach der ul. Wenecjańska 6 (fr. Venetianerstraße) gerufen, wo in einem Maschinenlager die Fensterrahmen aus unbekannter Ursache in Brand geraten waren. Es gelang, das Feuer nach kurzer Zeit zu löschen.

X **Beschlagnahmt** wurde auf dem Bahnhofe ein Korb mit zwei Blocks Schokolade im Gesamtgewicht von 38 Kgr., vier neuen Säcken und einer weißen Bluse, Sachen, die vermutlich aus einem Diebstahl herrühren. Der Eigentümer kann sich im Polizeikommissariat des Hauptbahnhofs melden.

X **Gefunden** wurde eine große schwarze Aktenledertasche mit Verschluß und den mit Tinte gemalten Buchstaben A. K., sowie einer Haarbürste und einem Stückchen Seife. Es handelt sich vermutlich um eine Tasche, die kürzlich einem Herrn im Kaffee Esplanade gestohlen wurde. Der Eigentümer kann sich im Zimmer 2 der Kriminalpolizei melden.

* **Bromberg**, 15. April. Am hiesigen staatlichen evangelischen Lehrerseminar fand vom 9.—13. d. Mts. die Lehrerprüfung statt. Es bestanden die Prüfung: Frl. Rohrbeck und die Herren Adelt, Aswald, Ditschkowski, Domdey, Emmrich, Fiege, Greder, Grühn, Holz, Kaschik, Kasten, Kattner, Kempf, Koerth, Oelschläger, Rausch, Rubach und Zech.

* **Graudenz**, 15. April. In einer Sitzung des polnischen Hausbesitzervereins wurde den Mitgliedern anheimgegeben, im allgemeinen für ein Zimmer mindestens 3500 M., für ein Zimmer einer Luxuswohnung 8000 M. monatliche Miete zu erheben.

* **Jarotschin**, 15. April. In der Nacht zum Sonntag wurden an den Kaufläden von vier jüdischen Geschäften die Schaufensterscheiben durch böswillige Hände zertrümmert. Über die Täter hat man ziemlich sichere Vermutung, und es gelingt hoffentlich unserer Polizei, diese zur Verantwortung zu ziehen. Der Gesamtschaden beläuft sich auf rd. 15 Millionen Mark.

p. **Pleschen**, 15. April. (Privattelegramm.) Vergangene Nacht wurde in der hiesigen Wagenfabrik ein Einbruchsstahl im Werte von zehn Millionen Mark verübt. Gestohlen wurden schwarze Geschirre mit Nickelbeschlag, 16 Stück Leder, 16—20 Fuß Leder, verschiedene Stoffe, 3 Stücke lila Manchester, 25 m brauner Manchester, 4—5 m dunkelblauer Manchester, 1 Stück braunes Falleder und fünf Treibriemen von 4—6 m Länge.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

P. H. in Str. Für Ihre Frage käme § 907 des B. G.-B. zur Anwendung, der besagt: „Der Eigentümer eines Grundstücks kann verlangen, daß auf den Nachbargrundstücken nicht Anlagen hergestellt oder gehalten werden, von denen mit Sicherheit vorauszusehen ist, daß ihr Bestand oder ihre Benutzung eine unzulässige Einwirkung auf sein Grundstück zur Folge hat. Genügt eine Anlage den landesgesetzlichen Vorschriften, die einen bestimmten Abstand von der Grenze oder sonstige Schutzmaßregeln vorschreiben, so kann die Beseitigung der Anlage erst verlangt werden, wenn die unzulässige Einwirkung tatsächlich hervortritt." — Da es sich in Ihrem Falle um die Ersetzung eines Grenzzaunes durch einen neuen handelt, so müßte der Nachbar die tatsächlich unzulässige Einwirkung des neuen Zaunes auf sein Grundstück erst nachweisen.

Mieter. Wenn Sie sich ständig geweigert haben, Ihrem Hauswirt die baren Auslagen für die sog. Nebenkosten, wie Wassergeld usw. zurückzuerstatten, so können Sie sich nicht darüber wundern, wenn Ihnen die Wohnung gekündigt wird. Ihre Weigerung bedeutet nämlich einen ausreichenden Kündigungsgrund nach dem Mieterschutzgesetz vom 18. 12. 1920.

K. B. 1868. Sie haben übersehen, daß es sich in der betreffenden Notiz erst um einen Gesetzentwurf für Personalausweise, nicht aber um ein schon angenommenes Gesetz handelt. Wir können Ihnen deshalb über die einzelnen Bestimmungen noch nichts mitteilen.

D. H. 55. Sie sind zur Erfüllung der von Ihnen geforderten Leistungen als Hausbesitzer des Dorfes verpflichtet.

A. B. C. 1. Wir kennen ein derartiges Mittel nicht, möchten Sie aber auch ausdrücklich davor warnen, selbständig ein solches anzuwenden, ohne einen Arzt zu befragen. 2. Mit Benzin abreiben. 3. Eine Bezugsquelle solcher Stoffe ist uns nicht bekannt.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ **Die neuen Holzausfuhrbestimmungen.** Das Wirtschaftskomitee des polnischen Ministerrats beriet kürzlich über die Anträge des Ministeriums für Industrie und Handel, die auf ein Ausfuhrverbot für unbearbeitetes Holz hinzielen. Mit Stimmenmehrheit der anwesenden Minister wurde der Beschluß gefaßt, auf die Liste der ausfuhrverbotenen Waren alle Sortimente von unbearbeitetem Holz zu setzen, und zwar: a) Klötze und Blöcke, b) Rundholz und Stangenholz, c) Spaltholz, Faschinen, Reisig und Späne. Außerdem wurde beschlossen, eine Ausfuhrabgabe für Weichholz (Nadelholz) unbearbeitet, und zwar Tannen, Kiefern, Fichten und Espen, einzuführen.

Der Zweck der neuen Einschränkungen ist nach der „Gaz. Gd." der, dem Staatsschatz größere Einnahmen aus dem Holzexport zu verschaffen. Die auferlegten Ausfuhrabgaben bedeuten zweifellos eine Belastung des Produzenten, der, soweit angängig, die Mehrunkosten auf den ausländischen Verbraucher abwälzen wird. Die Vertreter der Holzindustrie haben grundsätzlich ihr Einverständnis hinsichtlich der Erhebung von Ausfuhrabgaben für Nadelholz erklärt. Dem Namen nach besteht also ein Holzausfuhrverbot, tatsächlich liegt jedoch keine Ausfuhreinschränkung vor, da die Ausfuhrgenehmigungen durch das Haupt-Ein- und Ausfuhramt ohne meritorische Prüfung der Anträge erteilt werden und lediglich eine Manipulationsgebühr erhoben wird, und zwar geschieht die Erteilung der Ausfuhrgenehmigungen in beliebiger Menge und ohne alle Einschränkungen. Das Finanzministerium will lediglich die fremden Valuten erfassen. Nach Ansicht der Holzzeitschrift „Drzewo" sollte die Verpflichtung zur Ablieferung der Exportvaluten sich nur auf einen Teil derselben erstrecken. Der Exporteur verwende einen Teil der Valuten zur Deckung der Geschäftsunkosten im Auslande; das heißt für die Transportkosten von der polnischen Grenze bis zum Bestimmungsort, ferner für Provisionen, Assekuranz, Bankgebühren usw. Der Finanzminister scheint hierfür Verständnis zu haben, denn die Ausführungsbestimmungen sollen im Einvernehmen mit den Holzindustriellen festgelegt werden. Man hofft, daß die polnische Handelsbilanz durch die neuen Maßnahmen weiter aktiv bleibt, da der Wert der Ausfuhrwaren den der Einfuhrwaren seit langem überwiegen soll. Daß trotzdem die polnische Mark so tief stehe, sei darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil der fremden Valuten im Auslande und in Danzig bleibe und dort von den polnischen Exporteuren zu Spekulationszwecken (?) benutzt werde. Die aus der Holzausfuhr fließenden fremden Valuten sollen nun zur Stabilisierung der polnischen Mark dienen, und zwar bis zur Einrichtung einer Emissionsbank und Einführung einer Goldwährung. Mit Rücksicht auf den Danzig-polnischen Vertrag sollen die neuen Bestimmungen erst Mitte April, das heißt nach Erledigung der Formalitäten mit Danzig, in Kraft treten.

♂ **Devisenbewegungen in den Oststaaten.** Die Regierungen der Oststaaten sind durchweg weiter eifrig bemüht, ihre Valuta durch Finanzoperationen und andere Maßregeln zu heben. Über diese Operationen und ihren Einfluß auf die Devisenbewegung wird in einem Berichte des Berliner Bankhauses S. Schoenberger u. Co. folgendes ausgeführt:

Die österreichische Krone hat eine nicht unerhebliche Befestigung erfahren. Nach unseren Informationen handelt es sich um eine Intervention der Devisenzentrale, die dadurch eine Steigerung der Kaufkraft der Krone hervorrufen wollte, um der in Kürze zu erwartenden Verteuerung der Lebenshaltung entgegenzuwirken. — Auch die tschechische Krone konnte einen beträchtlichen Aufstieg verzeichnen. Auf der anderen Seite haben die Zahlungseinstellungen mehrerer Banken eine Beunruhigung der Öffentlichkeit im Gefolge gehabt. Da die Regierung sich gerade mit Plänen zur Verminderung des bei dem jetzigen Kronenkurse ohnehin zu hohen Notenumlaufs beschäftigt, so entschloß sich der Finanzminister zu einer Intervention, die ein starkes Anziehen des Kronenkurses zur Folge hatte. Diese Höherbewertung dürfte aber nur von kurzer Dauer sein.

Die ungarische Regierung führt ihren Kampf gegen die völlige Entwertung der ungarischen Krone weiter. Infolgedessen wird man mit dem weiteren Bestehen der Devisenzentrale rechnen

müssen. Inzwischen ist die Regierung bemüht, die Auswirkungen des letzten Kronensturzes im Wirtschaftsleben zu kompensieren. So soll besonders die drückende Geldknappheit dadurch gemildert werden, daß der Notenumlauf dem jetzigen Stand der Krone angepaßt werden soll. Aus all diesen Projekten geht hervor, daß die ungarische Regierung bestimmt damit rechnet, den Kronenkurs auf dem jetzigen Niveau halten zu können. Die Mittel hierzu dürften der Devisenzentrale durch Devisenvorschüsse auf die neue Ernte zur Verfügung stehen.

In Polen ist das wichtigste wirtschaftspolitische Ereignis der letzten Zeit die in Rom geführten Verhandlungen, in denen ein Handelsvertrag zwischen beiden Staaten abgeschlossen wurde. Das Entscheidende hierbei ist aber die Gewährung zweier Konzessionen an italienische Syndikate, und zwar soll die eine der Ausbeutung der galizischen Erdölvorkommen und die andere der Ausbeutung der besten Kohlenlager im jetzigen Polnisch-Oberschlesien dienen. Ob Polen aber in seinen Finanznöten Hilfe erhalten wird, ist mehr als fraglich. Bisher ist von einer italienischen Anleihe an Polen nichts bekannt geworden, obwohl der polnische Finanzminister dringend neue ausländische Kredite benötigt, denn die polnische Goldanleihe ist vorläufig noch als ein Mißerfolg zu betrachten, da erst ein Fünftel der benötigten Summe in Papiermark aufgebracht ist.

Industrie.

⊙ **Ermäßigung der Dachpappenpreise im Reich.** Der Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten hat auf Grund der Veränderungen der Rohstoffpreise, die infolge der Ermäßigungen der Kohlenpreise eingetreten sind, die folgenden neuen Richtpreise festgesetzt: a) für Dachpappe mit 80er Rohpappeneinlage 3280 Mk., mit 100er 2700 Mk., mit 150er 1820 Mk., mit 200er 1350 Mk. für den Qm.; b) für Isolierpappe mit 80er Rohpappeneinlage 8940 Mk., mit 100er 3630 Mk., mit 125er 3280 Mk. für den Qm.; e) für Dacharbeiten: 1. für die Herstellung eines doppellagigen Klebepappdaches aus einer Lage 100er und einer Lage 150er Dachpappe 12 000 Mk.; 2. für die Herstellung eines doppellagigen Kiespappdaches aus einer Lage 100er und einer Lage 150er Dachpappe 13 000 Mk.; 3. für den Anstrich eines alten Pappdaches 950 Mk. Die Preise unter a und b verstehen sich für waggonweisen Bezug frei Versandstation, die Preise zu c für 1 Qm. Dachfläche bei Arbeiten für wenigstens 1000 Qm. Gesamtfläche am Platze des Ausführenden bei normalen Verhältnissen unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Richtpreise des Verbandes für Dachpappe, sämtlich bei sofortiger Barzahlung.

⊙ **Preisherabsetzung für oberschlesische Steinkohlen.** Laut einer Mitteilung des „Verkehrsbureaus der Oberschles. Staatsgruben G. m. b. H." stellen sich ab 1. April die Inlandflammkohlenpreise auf dem staatlichen Steinkohlenbergwerk Königin-Luise-Grube einschl. der Guido-Grube und der Delbrückschächte für Stückkohle auf 106 862 Mk. bis herabgehend für Staubkohle auf 67 918 Mk. je Tonne. Die Preise für Gaskohle sind entsprechend den Sorten 400 Mk. höher.

⊙ **Julius Berger Tiefbau-A.-G., Berlin.** Reingewinn 57,98 Millionen (6,93), Dividendenvorschlag 100 Prozent (30 Prozent).

Warschauer Börse vom 14. April.

Devisen:

Belgien	2575—2512½	Paris	2955—2950
Berlin	2.05—1.99	Prag	1280
Danzig	2.05—1.99	Schweiz	8000—7975
London	202 000-203 000-201 000	Wien	61—60.65
Neuyork	43 700—42 900	Holland	17 100

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 16. April 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	195 000—205 000	Wicken	130 000—150 000
Roggen	123 000—133 000	Felderbsen	130 000—150 000
Braugerste	97 000—102 000	Viktoriaerbsen	180 000—200 000
Hafer	122 000—127 000	Peluschken	135 000—155 000
Weizenmehl	270 000—300 000	Serradella	200 000—260 000
Roggenmehl (inkl. Säcke)	205 000—218 000	Buchweizen	110 000—120 000
		Blaue Lupinen	100 000—140 000
Weizenkleie	63 000	Gelbe Lupinen	100 000—140 000
Roggenkleie	61 000	Fabrikkartoffeln	6 600—7 200

Marktsituation im allgemeinen unverändert. — Tendenz: ruhig.

Danziger Mittagskurse vom 16. April.

Die polnische Mark in Danzig ..... 48½—49½

Der Dollar in Danzig ...... 21 200—21 300

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil: i. V.: Robert Styra; für Handel und Wirtschaft: Robert Styra; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.